

September 2014

Bankenbarometer 2014

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz

Bankenbarometer 2014

Inhalt

.....	
Executive Summary	3
.....	
1 Der Schweizer Bankensektor	5
1.1 Entwicklungen im Jahr 2013	6
1.2 Entwicklungen im Jahr 2014	8
.....	
2 Geschäftserfolg der Banken	9
2.1 Entwicklungen im Jahr 2013	9
2.2 Entwicklungen im Jahr 2014	11
.....	
3 Bilanzgeschäft	12
3.1 Entwicklungen im Jahr 2013	12
3.1.1 Entwicklung der Bilanzen	12
3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts	15
3.2 Entwicklungen im Jahr 2014	17
.....	
4 Vermögensverwaltung	18
4.1 Entwicklungen im Jahr 2013	18
4.2 Entwicklungen im Jahr 2014	21
.....	
5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz	22
5.1 Entwicklungen im Jahr 2013	22
5.2 Entwicklungen im Jahr 2014	23
.....	
6 Spezialthema: EU-Bankenunion	26
.....	
7 Literaturverzeichnis	30
.....	

Executive Summary

Die Banken in der Schweiz sind ein für die Schweizer Volkswirtschaft bedeutender Sektor, der rund 6 Prozent der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung erwirtschaftet.

Ende 2013 waren in der Schweiz 283 Bankinstitute tätig. Dies sind 14 weniger als im Vorjahr. Gründe für diesen Rückgang waren acht Übernahmen, eine Fusion, fünf Entlassungen aus dem Bankenstatus sowie eine Schliessung einer ausländischen Bankfiliale. Diesen Weglassungen stand eine Neuaufnahme gegenüber. So erhielt PostFinance am 26. Juni 2013 die Bewilligung zur Tätigkeit als Bank und Effektenhändlerin. Die Grösse des Instituts führte zu einem sprunghaften Anstieg einzelner Statistiken der Schweizerischen Nationalbank (SNB) für das Jahr 2013.

Der Konsolidierungstrend im Schweizer Bankensektor setzte sich nach 2013 auch im ersten Halbjahr 2014 fort. So wurden diverse Übernahmen getätigt, die den Strukturwandel im Bankensektor verstärken dürften. Diese Konsolidierungstendenzen sind vor allem bei den Auslandsbanken feststellbar.

Das Jahr 2013 sowie das erste Halbjahr 2014 waren ausserdem von diversen juristischen Entwicklungen im internationalen Steuerbereich geprägt. So haben der Schweizerische Bundesrat und das US Department of Justice (DoJ) Ende August 2013 das Programm zur Beilegung des Steuerstreits veröffentlicht. Im Mai 2014 erzielte die Credit Suisse mit den amerikanischen Behörden eine umfassende und abschliessende Einigung bezüglich ihrer ausstehenden Rechtsfälle im Zusammenhang mit diesem Steuerstreit.

Die Banken in der Schweiz steigerten ihren Geschäftserfolg im Jahr 2013 um 3,1 Prozent auf CHF 60,8 Mrd. Diese Entwicklung ist zurückzuführen auf eine Zunahme des Zinserfolgs sowie gestiegene Erträge aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft. Die anderen beiden Erfolgskategorien – Handelserfolg und übriger ordentlicher Erfolg – sanken gegenüber dem Vorjahr. Die Banken in der Schweiz lieferten 2013 Gewinnsteuern in der Höhe von CHF 1,93 Mrd. ab. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 25 Prozent.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres nahmen die Transaktionsvolumina an der Schweizer Börse zu, was sich positiv auf den Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft auswirkt. Es ist mit einem anhaltenden Tiefzinsniveau zu rechnen, sodass die Margen insbesondere im Zinsengeschäft sobald nicht ansteigen dürften. Auf der Kostenseite werden sich die verschärften Regulierungen niederschlagen. Zusätzliche Herausforderungen für die Ertragslage der Banken in der Schweiz stellen die durchgezogene globale konjunkturelle Entwicklung sowie die nach wie vor ungelösten fiskalischen Probleme der Eurozone dar.

Die Bilanzsumme der Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2013 um 2,6 Prozent auf CHF 2'849,2 Mrd. an. Dieser Anstieg ist jedoch auf den erstmaligen Einbezug von PostFinance in die Statistik der SNB zurückzuführen. Ohne diesen Effekt hätte sich die Bilanzsumme um 1,7 Prozent verringert. Die Gruppe der Auslandsbanken wies mit einem Minus von 12 Prozent die grösste Reduktion auf. Allerdings ist dies mehrheitlich auf die Reduktion der Anzahl Auslandsbanken zurückzuführen. Die beiden Grossbanken verkürzten ihre Bilanz um 3,1 Prozent, während alle anderen Bankengruppen eine höhere Bilanzsumme auswiesen.

Die Kreditvergabe von Banken in der Schweiz ist nach wie vor intakt. Das insgesamt ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2013 CHF 1'045,4 Mrd. Davon stammten CHF 175,6 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen und CHF 869,8 Mrd. aus inländischen Hypothekarforderungen. Die inländischen Hypothekarkredite haben 2013 um 4,2 Prozent zugenommen. Damit stiegen diese weniger stark an als noch in den beiden Jahren zuvor. Dies dürfte insbesondere auf die Anpassung der Selbstregulierung der Banken zurückzuführen sein, die Mindestanforderungen bei Hypothekarfinanzierungen erfordert und per 1. Juli 2012 in Kraft getreten ist. Eine weitere Verschärfung dieser Selbstregulierung ist per Anfang September 2014 in Kraft getreten.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2014 hat sich die aggregierte Bilanzsumme um 2 Prozent erhöht. Dabei setzten die wichtigsten Aktivposten

den Vorjahrestrend mehrheitlich fort. Bei den inländischen Hypothekarkrediten ist eine sich abschwächende Dynamik festzustellen (+1,4%).

Die Banken in der Schweiz verwalteten im Jahr 2013 Vermögen in der Höhe von CHF 6'136 Mrd. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von CHF 340 Mrd. Diese basiert auf einem Wachstum der Wertschriftenbestände und der Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform. Die Treuhandanlagen sowie die Termineinlagen reduzierten sich hingegen. Die Banken profitierten von Zuflüssen aus den Emerging Markets sowie von einer ausgeprägten Kapitalmarktentwicklung, was den Rückgang der verwalteten Vermögen aus Westeuropa überkompensierte.

Der inländische Personalbestand (in Vollzeitäquivalenten) erhöhte sich im Jahr 2013 um 579 Stellen auf 105'735. Auch diese Zunahme war eine Folge des Einbezugs von PostFinance in die Statistiken der SNB. Ohne diesen Effekt hätte sich ein Stellenabbau in der Höhe von 2'840 ergeben. Am stärksten reduzierten die Grossbanken und die Auslandsbanken ihren Personalbestand. Während der Personalabbau der Grossbanken vor allem durch Sparmassnahmen getrieben ist, ist die tiefere Beschäftigungszahl bei den Auslandsbanken auf die reduzierte Anzahl Institute dieser Bankengruppe zurückzuführen.

Die Banken sind auf qualifizierte Arbeitskräfte angewiesen. Gemäss einer Umfrage des Arbeitgeberverbands der Banken in der Schweiz (AGV Banken) rekrutierten Banken im Jahr 2013 3'750 Personen aus den EU/EFTA-Staaten. Eine allfällige Kontingentierung ausländischer Arbeitskräfte dürfte den Arbeitskräftemangel im Bereich der höher Qualifizierten verschärfen.

Für das zweite Halbjahr 2014 erwarten gemäss der SBVg-Umfrage 66,1 Prozent der antwortenden Banken eine gleichbleibende Beschäftigung. 18,5 Prozent sehen ihre Beschäftigung höher, wohingegen 15,4 Prozent der Banken eine Reduktion ihres Personalbestands im Inland erwarten. Da diejenigen Banken, die eine Erhöhung des Personalbestands erwarten, einen grösseren Anteil an der Gesamtbeschäftigung ausmachen, wird für das zweite Halbjahr 2014 von einer leicht positiven Beschäftigungstendenz ausgegangen. In den Geschäftsbereichen Private Banking und Handelsgeschäft hingegen wird von einer negativen Beschäftigungstendenz ausgegangen.

1 Der Schweizer Bankensektor

Der Schweizer Bankensektor trägt wesentlich zum Erfolg des Schweizer Finanzplatzes bei, der zu den global führenden Finanzplätzen gehört. So rangieren sowohl Zürich als auch Genf in den Top-Ten der bedeutendsten Finanzmetropolen¹. Der Schweizer Bankensektor ist charakterisiert durch eine Vielfalt an Bankinstituten mit unterschiedlichen Geschäftsmodellen und bietet eine breite Palette an diversen Dienstleistungen.

| Vielfältiger Bankensektor ...

Der Schweizer Bankensektor erbringt mit rund 6 Prozent² einen bedeutenden Teil der Wertschöpfung und trägt dadurch wesentlich zum Wohlstand der gesamten Schweizer Bevölkerung bei. Momentan befindet sich der Schweizer Bankensektor jedoch in einem Umbruch. Neue Regulierungen, der automatische Informationsaustausch in Steuersachen mit dem Ausland und technologische Entwicklungen (Digitalisierung) in Kombination mit sinkenden Margen führen zu einem Strukturwandel in der Branche – mit entsprechenden Chancen und Risiken.

| ... mit grosser Bedeutung für die Volkswirtschaft

Per Ende 2013 waren in der Schweiz 283 Banken tätig. Im Vorjahr waren es noch 297 (für die Gründe dieses Rückgangs, siehe Kapitel 1.1.). Diese unterteilt die SNB anhand ihrer Merkmale und Tätigkeit in sieben Bankengruppen: Kantonalbanken, Grossbanken, Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken, Auslandsbanken, Privatbankiers und «Übrige Banken» (darunter Börsen- oder Kleinkreditbanken).

| Sieben Bankengruppen in der Schweiz

In der Schweiz sind 24 Kantonalbanken tätig, wovon 21 über eine uneingeschränkte Staatsgarantie verfügen. Die Kantonalbanken sind hauptsächlich im jeweiligen Kanton tätig, wobei sie vereinzelt auch ausserkantonale Filialen unterhalten. Die grösste Schweizer Kantonalbank, die Zürcher Kantonalbank (ZKB), wurde per 1. November 2013 von der SNB als systemrelevante Finanzgruppe eingestuft. Damit gelten für die ZKB gemäss dem «Too-big-to-fail»-Massnahmenpaket (Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen, BankG) strengere Eigenkapital- und Liquiditätsbestimmungen als für die übrigen Kantonalbanken. Ergänzend müssen systemrelevante Institute organisatorische Massnahmen treffen, damit bei drohender Insolvenz für die Volkswirtschaft wichtige Funktionen wie beispielsweise der Zahlungsverkehr gewährleistet bleiben.

| Kantonalbanken

Die Schweiz verfügt über zwei Grossbanken: die UBS AG und die Credit Suisse AG. Beide wurden von der SNB als systemrelevant klassifiziert. Der Anteil der beiden Schweizer Grossbanken an der aggregierten Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz macht 46,4 Prozent aus. Die Schweizer Grossbanken sind global tätig und bieten als Universalbanken die gesamte Palette an Bankdienstleistungen an (Retail Banking, Private Banking, Firmenkundengeschäft, Investmentbanking, Asset Management).

| Grossbanken

Im Gegensatz zu den Grossbanken konzentrieren sich Regionalbanken und Sparkassen vorwiegend auf das klassische Spar- und Hypothekergeschäft und operieren in einem geographisch beschränkten Gebiet. In der Schweiz gab es per Ende 2013 64 Regionalbanken und Sparkassen. Das sind zwei weniger als im Jahr zuvor.

| Regionalbanken und Sparkassen

Die Raiffeisengruppe ist ein Zusammenschluss genossenschaftlich organisierter Raiffeisenbanken, die in der ganzen Schweiz vertreten sind. Ihr Bankstellennetz umfasste per Ende 2013 insgesamt 316 eigenständige Raiffeisenbanken mit

| Raiffeisenbanken

¹ Z/Yen Group Limited (2014)
² BAKBASEL (2014)

1'032 Bankstellen. Die Gruppe der Raiffeisenbanken ist die drittgrösste Bankengruppe in der Schweiz und zählt insbesondere das klassische Retailgeschäft zu ihren Kernkompetenzen. Am 16. Juni 2014 hat die SNB Raiffeisen als systemrelevante Finanzgruppe eingestuft. Dies führt dazu, dass für Raiffeisen die Eigenkapital- und Liquiditätsbestimmungen erhöht werden. Zudem müssen organisatorische Massnahmen getroffen werden, um bei drohender Insolvenz systemrelevante Funktionen aufrechterhalten zu können. Die Raiffeisen Schweiz Genossenschaft hat im Jahr 2012 die Privatbank Notenstein als hundertprozentige Tochtergesellschaft übernommen. Die SNB weist die Privatbank Notenstein aber weiterhin in der Bankengruppe Börsenbanken in der Kategorie «Übrige Banken» aus.

Die Gruppe der Auslandsbanken umfasst die Filialen ausländischer Banken sowie ausländisch beherrschte Banken. Die Filialen ausländischer Banken bedienen insbesondere ausländische Kunden und sind vorwiegend im Investmentbanking tätig. Einige Banken fokussieren sich auch auf das auslandorientierte Vermögensverwaltungsgeschäft. Im Gegensatz zu den ausländisch beherrschten Banken besitzen die Filialen ausländischer Banken keine eigene Rechtspersönlichkeit, sondern sind ihrer Muttergesellschaft wirtschaftlich und rechtlich unterstellt. Ausländisch beherrschte Banken sind nach schweizerischem Recht organisiert, weisen aber eine ausländische Beteiligung von mehr als der Hälfte aller Stimmen auf. Die ausländisch beherrschten Banken sind oft in allen Geschäftsfeldern tätig – gewisse konzentrieren sich auf die Vermögensverwaltung oder das Investmentbanking.

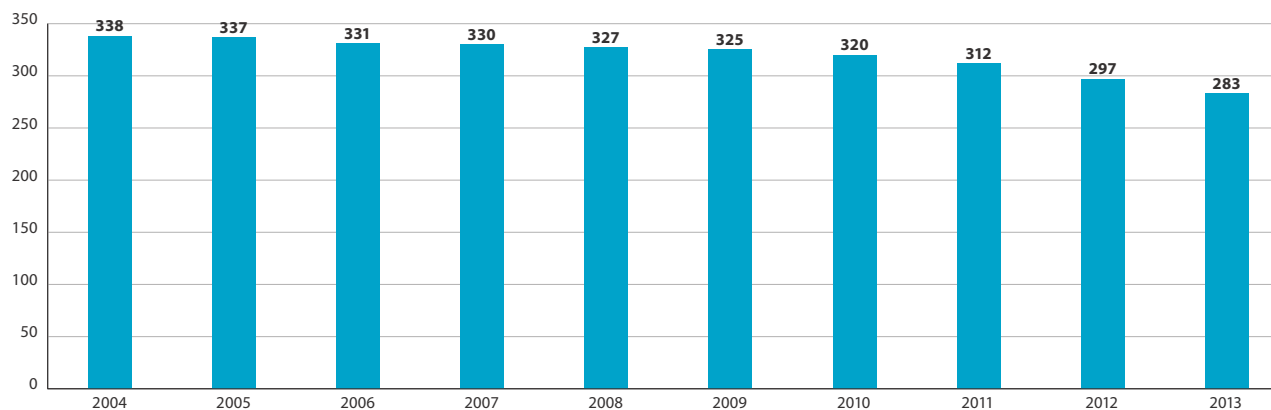
Die national und international tätigen Privatbankiers sind in erster Linie in der Vermögensverwaltung tätig und unterscheiden sich von den anderen Bankengruppen insbesondere durch ihre spezielle Rechtsform. In ihrer Struktur – meistens als Kommanditgesellschaften – haftet mindestens ein Gesellschafter mit seinem privaten Vermögen. 2013 gab es insgesamt noch elf Privatbankiers (2000: 17, 2005: 14, 2010: 13). Mit den Instituten Pictet, Lombard Odier, Mirabaud und La Roche änderten per 1. Januar 2014 vier Privatbankiers ihre Rechtsstruktur in eine Aktiengesellschaft. Die Umwandlung erfolgte aufgrund des sich rasch ändernden regulatorischen Umfeldes sowie des starken Wachstums, insbesondere im Ausland. Durch die Änderung der Rechtsform wird eine internationale Expansion erleichtert und Wachstumspotenziale können entsprechend besser wahrgenommen werden.

Zu den «Übrigen Banken» zählen die Börsen- und Kleinkreditbanken sowie «Andere Banken». Börsenbanken konzentrieren sich hauptsächlich auf das Börsen-, Effekten- und Vermögensverwaltungsgeschäft. Kleinkreditbanken sind Geschäftsbanken, die vorwiegend Klein- und Konsumkredite sowie Abzahlungsgeschäfte anbieten. Zu den «Anderen Banken» werden jene Banken gezählt, die sich in keine andere Gruppe einordnen lassen. PostFinance gehört seit 2013 zu dieser Bankengruppe.

1.1 Entwicklungen im Jahr 2013

Ende 2013 gab es in der Schweiz 283 Banken. Das sind 14 Institute weniger als im Vorjahr. Im Jahr 2013 gab es acht Übernahmen, eine Fusion, fünf Entlassungen aus dem Bankenstatus sowie eine Schliessung einer ausländischen Bankfiliale. Von dieser Reduktion waren vorwiegend die Auslandsbanken betroffen. Dem Rückgang der Institute stand die Neuaufnahme von PostFinance in die Statistiken der SNB gegenüber.

Anzahl Banken in der Schweiz



Quelle: SNB

Am 26. Juni 2013 erteilte die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) der PostFinance AG die Bewilligung zur Tätigkeit als Bank und Effektenhändlerin. Dadurch wurde PostFinance erstmals für die Bankenstatistik der SNB meldepflichtig. PostFinance ist eine hundertprozentige Tochter der Schweizerischen Post. Gemäss dem Postorganisationsgesetz kann PostFinance eine beschränkte Auswahl an Finanzdienstleistungen anbieten. So kann sie Kundengelder entgegennehmen und Anlagen im eigenen Namen tätigen, darf jedoch nicht selbstständig Hypotheken und Kredite an Dritte vergeben, sondern muss mit Partnern zusammenarbeiten. Der Einbezug von PostFinance hat dazu geführt, dass gewisse statistische Daten einen Strukturbruch aufweisen. In der vorliegenden Publikation wird an den entsprechenden Stellen darauf hingewiesen.

| [PostFinance erhält Banklizenz](#)

Im Jahr 2013 waren die prominentesten Übernahmen diejenigen von Merrill Lynch (Schweiz) durch die Bank Julius Bär & Co. sowie der Bank Sal. Oppenheim jr. & Cie. (Schweiz) durch die Deutsche Bank (Schweiz). Die Schweizer Privatbank Julius Bär übernahm das Vermögensverwaltungsgeschäft ausserhalb der USA von Merrill Lynch, vergrösserte dadurch ihr Filial- und Niederlassungsnetz von acht auf 50 Standorte und stärkte insbesondere ihre Präsenz in Schwellenländern. Nachdem die Deutsche Bank die traditionsreiche, aber angeschlagene deutsche Privatbank Sal. Oppenheim jr. & Cie. 2009 übernommen hatte, wurde die Übernahme 2013 auch bei den Tochtergesellschaften in der Schweiz vollzogen. Die restlichen Übernahmen im schweizerischen Bankensektor im Jahr 2013 waren gesamtwirtschaftlich von untergeordneter Bedeutung, da es sich um kleinere Institute handelte.

| [Julius Bär baut Standorte durch Übernahme von Merrill Lynch \(Schweiz\) stark aus](#)

Die Fusion der Bank Sarasin und der brasilianischen Bank J. Safra wurde im Juni 2013 erfolgreich abgeschlossen. Daraus ging die Bank J. Safra Sarasin hervor. J. Safra Sarasin ist weltweit an 26 Standorten vertreten.

| [Sarasin und J. Safra fusionieren](#)

Wie bereits erwähnt dürfte ein möglicher Strukturwandel in Kombination mit sinkenden Margen in den kommenden Jahren den Schweizer Bankensektor beeinflussen. Es ist zu erwarten, dass, wie bereits in der kürzeren Vergangenheit, einige Institute auf dem Schweizer Bankenplatz schliessen bzw. übernommen werden. Zudem besteht die Wahrscheinlichkeit, dass der Trend, gewisse Tätigkeiten in andere Vehikel oder an externe Dienstleister auszugliedern, anhalten wird. Dies könnte in den nächsten Jahren zu einer Schrumpfung des Schweizer Bankensektors führen, gleichzeitig den Banken aber auch grosse Chancen für neue Opportunitäten bieten.

| [Strukturwandel im Schweizer Bankensektor](#)

Als Folge des Steuerstreits mit den USA wurden 2013 zwei Schweizer Banken aus dem Bankenstatus entlassen. Nachdem sich die Schweizer Bank Wegelin & Co. 2012 aufgrund einer möglichen Klage der USA aufgespalten und das Nicht-US-Geschäft in die Notenstein Privatbank transferiert hatte, stellte sie das aktive Bankgeschäft im März 2013 ganz ein. Der abgespaltene Teil der ehemals ältesten Bank der Schweiz, die Notenstein Privatbank, wurde bereits 2012 zu 100 Prozent durch Raiffeisen Schweiz übernommen. Ende 2013 gab eine zweite Schweizer Bank, die Zürcher Bank Frey & Co., ihre Geschäftstätigkeit auf, gemäss eigenen Aussagen unter anderem aufgrund von zu hohen Belastungen im Zusammenhang mit dem US-Steuerstreit.

Steuerstreit mit den USA fordert Opfer

Ende August 2013 haben das DoJ und der Schweizerische Bundesrat das Programm zur Beilegung des Steuerstreits der Schweizer Banken mit den USA veröffentlicht. Das Programm ist mit schmerzlichen Konsequenzen für die Banken in der Schweiz verbunden. Auf der einen Seite dürften sich die Bussen am oberen Ende des rechtlich akzeptierbaren und wirtschaftlich tragbaren Niveaus bewegen. Auf der anderen Seite ist es die einzige verbliebene Lösung für die Banken, um die rechtlichen Probleme mit den USA abschliessend zu lösen und Rechtssicherheit zu schaffen. Dementsprechend haben sich per Ende 2013 rund 100 Banken in der Schweiz zu einer Teilnahme am Programm unter der Kategorie 2 bereit erklärt. Diese 100 Banken stehen im Moment in Verhandlungen mit dem DoJ. Informationen zu allfälligen Bussen sind zum aktuellen Zeitpunkt nicht bekannt.

Auswirkungen des US-Programms

1.2 Entwicklungen im Jahr 2014

Im Mai 2014 erzielte die Schweizer Grossbank Credit Suisse eine umfassende und abschliessende Einigung bezüglich aller ausstehenden Rechtsfälle im Zusammenhang mit dem Steuerstreit mit den USA. Die Busse in der Höhe von CHF 2,5 Mrd. belastete das Ergebnis der Credit Suisse unter anderem im zweiten Quartal 2014. Die Grossbank wies entsprechend einen Verlust von CHF 700 Mio. aus.

Credit Suisse beendet Steuerstreit mit den USA

Im ersten Halbjahr 2014 setzte sich der Konsolidierungstrend der letzten Jahre, insbesondere im Auslandsbankensektor, fort. Die Valartis Bank Schweiz wurde durch die Banque Cramer & Cie. übernommen, Morgan Stanley (Schweiz) durch J. Safra Sarasin. Die deutsche Deka (Swiss) hat ihren Betrieb per Ende April 2014 eingestellt und die liechtensteinische Schweiz-Tochter der Centrum Bank wird gemäss eigener Aussage ihre Banklizenz im Verlauf des Jahres abgeben. Die britische Standard Chartered Bank will ihr Schweizer Private Banking Geschäft abtosseln und sucht derzeit einen Käufer. Die Bank möchte ihre Präsenz noch stärker vom europäischen Kontinent hin zu den aufstrebenden Märkten in Asien, Afrika und Nahost verlagern. Die seit längerem in Diskussionen um einen möglichen Verkauf stehende Tessiner Privatbank BSI wurde Mitte 2014 durch die brasilianische Investmentbank BTG Pactual übernommen. Zudem gab die Bank Julius Bär im Juli 2014 die Übernahme des Kundenstamms der israelischen Leumi Private Bank (Schweiz) bekannt. Ebenso wurden im Juli 2014 bedeutende Teile der Schweizer Tochtergesellschaft der Banco Espirito Santo (Banque Privée Espirito Santo SA) an die CBH Compagnie Bancaire Helvétique verkauft. Die Regulierungsflut der letzten Zeit und die damit verbundenen kostspieligen Vorschriften trafen die – im Vergleich zu anderen Banken auf dem Schweizer Markt tendenziell kleineren – Auslandsbanken besonders stark.

Konsolidierungstrend setzt sich im ersten Halbjahr 2014 fort

Der automatische Informationsaustausch in Steuersachen mit dem Ausland (AIA) wird gemäss OECD voraussichtlich per 2017 umgesetzt. Dies führt dazu, dass zukünftig Steuerinformationen jährlich automatisch an

Automatischer Informationsaustausch in Steuersachen auf gutem Weg

die Steuerbehörden der teilnehmenden Staaten übermittelt werden. Da die Banken in der Schweiz seit geraumer Zeit einer steuerkonformen Strategie verpflichtet sind und der AIA global umgesetzt wird, dürften sich kaum Auswirkungen auf die verwalteten Vermögen zeitigen.

2 Geschäftserfolg der Banken

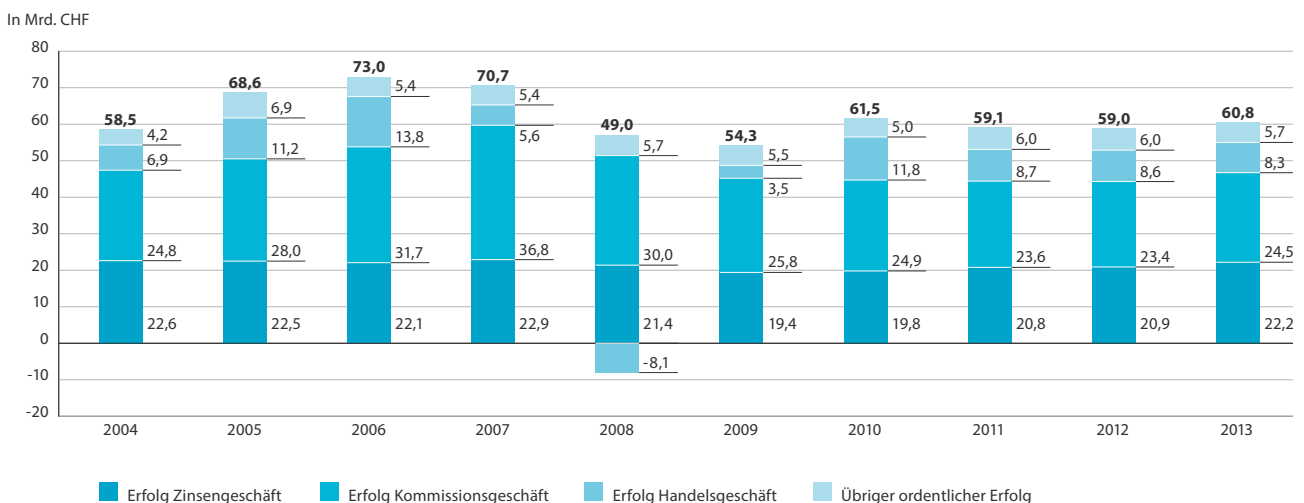
Der aggregierte Geschäftserfolg der Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2013 um 3,1 Prozent von CHF 59 Mrd. auf CHF 60,8 Mrd. Die Zunahme des Zinserfolgs (+5,9%) sowie die Erträge aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft (+4,7%) konnten die Abnahme der kleineren Erfolgspositionen – Erfolg aus dem Handelsgeschäft (-2,7%) und übriger Erfolg (-5%) – mehr als kompensieren. Der Erfolg aus Kommissionen und Dienstleistungen stellte mit über 40 Prozent am aggregierten Geschäftserfolg weiterhin die wichtigste Erfolgskomponente der Banken in der Schweiz dar, knapp gefolgt vom Zinsgeschäft mit einem Anteil von 37 Prozent. Der Nettogewinn nahm gegenüber 2012 stark zu auf CHF 10,5 Mrd., da 2013 wieder beide Grossbanken einen Gewinn ausweisen konnten. Die Banken in der Schweiz lieferten 2013 Gewinnsteuern in der Höhe von CHF 1,93 Mrd. ab, was einer Zunahme von 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Trotz der Börsenhausse im ersten Halbjahr wird aufgrund der noch immer sehr tiefen Zinsmargen für das Jahr 2014 keine starke Zunahme des Geschäftserfolgs der Banken erwartet.

2.1 Entwicklungen im Jahr 2013

Nach zwei Jahren der Stagnation nahm der aggregierte Geschäftserfolg³ | [Gestiegener Geschäftserfolg](#) der Banken in der Schweiz 2013 gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent auf CHF 60,8 Mrd. zu. Der Geschäftserfolg setzt sich aus den vier Bereichen Erfolg Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Erfolg Zinsgeschäft, Erfolg aus dem Handelsgeschäft sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen. Diese Daten unterscheiden sich, insbesondere bei den Grossbanken, von den publizierten Geschäftsberichten, die den gesamten Konzern und nicht nur das Schweizer Geschäft inklusive unselbständiger Filialen im Ausland umfassen.

Abb. 2

Erfolg nach Geschäftsbereichen



³ Basierend auf den Daten zu den statutarischen Einzelabschlüssen der Banken (Stammhaus). Die statutarischen Einzelabschlüsse umfassen die Geschäfte der Sitze in der Schweiz sowie der rechtlich unselbstständigen in- und ausländischen Filialen.

2013 nahm der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft um CHF 1,1 Mrd. auf 24,5 Mrd. zu (+4,7%). Das war die erste Zunahme seit 2007 – vor allem getrieben durch die gestiegene Handelstätigkeit. So nahmen die Wertschriftenumsätze an der Schweizer Börse 2013 um 12,5 Prozent zu. Beigetragen hat aber auch die Zunahme der von Banken in der Schweiz verwalteten Vermögen (siehe Kapitel 4). Die Kommissionserträge aus dem Wertschriften- und Anlagegeschäft sowie aus dem übrigen Dienstleistungsgeschäft stiegen demnach um CHF 880 Mio. auf CHF 23 Mrd. resp. um CHF 840 Mio. auf CHF 4,2 Mrd. Der Kommissionsertrag aus dem Kreditgeschäft hingegen blieb praktisch unverändert bei CHF 2,1 Mrd. (-CHF 3 Mio.). Der Kommissionsaufwand erhöhte sich um CHF 604 Mio. auf CHF 4,8 Mrd. Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft blieb mit einem Anteil von 40,3 Prozent die wichtigste Erfolgskomponente der Banken in der Schweiz.

Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft nimmt nach Jahren wieder zu

Gegenüber dem Vorjahr nahm der Zinserfolg 2013 um CHF 1,2 Mrd. auf CHF 22,2 Mrd. zu (+5,9%). Dazu trug PostFinance CHF 0,9 Mrd. bei. Der Zinsaufwand nahm um 17,4 Prozent auf CHF 19,6 Mrd. ab. Treiber war in erster Linie die Reduktion von Schuldtiteln (Anleihen, Pfandbriefdarlehen) und Verpflichtungen gegenüber Banken. Die Zunahme des aggregierten Zinserfolgs im Jahr 2013 kann dann auch hauptsächlich auf eine starke Abnahme auf der Aufwandseite zurückgeführt werden. Auf der Ertragsseite sind sowohl der Zins- und Diskontertrag (-6,6%) als auch der Zins- und Dividendenertrag aus Handelsbeständen (-5,3%) zurückgegangen. Insgesamt bewegten sich die Erträge aus dem Zinsengeschäft in den letzten zehn Jahren relativ konstant um den Mittelwert von CHF 21,5 Mrd. mit einer Standardabweichung von CHF 1,2 Mrd. Das Zinsengeschäft steigerte seinen Anteil am Gesamterfolg der Banken leicht auf 37 Prozent und blieb damit der zweitwichtigste Erfolgsbestandteil.

Tieferer Zinsaufwand führt zu Zunahme des Zinserfolgs

Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft nahm im Jahr 2013 zum dritten Mal in Folge ab. Gegenüber dem Vorjahr sank dieser um CHF 0,2 Mrd. bzw. -2,7 Prozent. Ohne den erstmaligen Einbezug von PostFinance hätte der Rückgang des Handelserfolgs sogar das Doppelte, also CHF 0,4 Mrd., betragen. Gründe waren die tiefen Zinsen und die niedrige Volatilität auf den Aktienmärkten. Das Handelsgeschäft ist für 13,7 Prozent des Erfolgs der Banken in der Schweiz verantwortlich.

Erneute Reduktion des Handelserfolgs

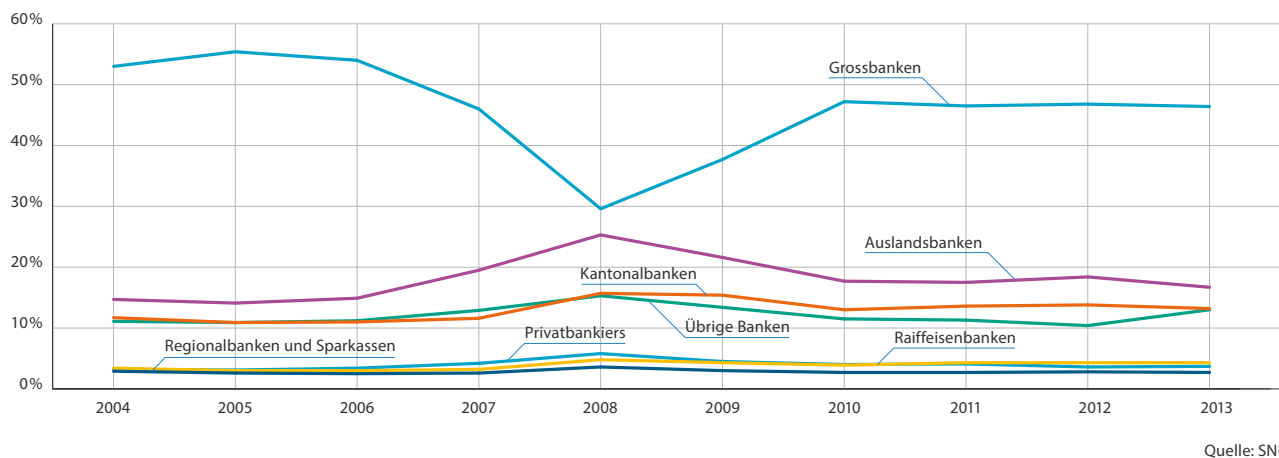
Die vierte Erfolgskategorie der Banken, der übrige ordentliche Erfolg, reduzierte sich im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf CHF 5,7 Mrd. Dies repräsentiert 8,8 Prozent des Gesamterfolgs der Banken in der Schweiz.

Reduktion des übrigen ordentlichen Erfolgs

Die Erfolgsanteile der Bankengruppen haben sich 2013 nicht wesentlich verändert. Die Grossbanken hatten einen Anteil am Erfolg von 46,4 Prozent, die Kantonalbanken von 13,2 Prozent, die Raiffeisenbanken von 4,3 Prozent, die Privatbankiers von 3,7 Prozent sowie die Regionalbanken und Sparkassen von 2,7 Prozent. Einzig die Auslandsbanken verloren 1,7 Prozent und hatten noch einen Anteil am Erfolg von 16,7 Prozent. Grund dafür war die Reduktion der Anzahl Institute um elf auf 120. Der Anteil der «Übrigen Banken» hat um 2,6 Prozent auf 13 Prozent zugenommen, was hauptsächlich auf den Einbezug von PostFinance in die Statistik der SNB zurückzuführen ist. Zwischen 2004 und 2013 erhöhte sich der Erfolgsanteil der Raiffeisenbanken am stärksten, jedoch auf relativ tiefem Niveau (+28,3% von 3,4% auf 4,3%). In derselben Periode haben die Grossbanken an Erfolgsanteil eingebüsst. Ihr Anteil sank von 53 Prozent im Jahr 2004 auf 46,4 Prozent im Jahr 2013 (-12,4%). Dennoch stehen sie erfolgsmässig noch immer deutlich an erster Stelle. Während der Finanzkrise zwischen 2007 und 2009 sank ihr Erfolgsanteil zwischenzeitlich sogar auf unter 30 Prozent, was sich aber in den letzten Jahren wieder normalisiert hat.

Unveränderte Erfolgsanteile der Bankengruppen

Erfolg nach Bankengruppen



Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken in der Schweiz betrug 2013 CHF 19,5 Mrd. (2012: CHF 17,4 Mrd.). Darauf wurden Ertrags- und Kapitalsteuern in der Höhe von CHF 1,9 Mrd. abgeliefert, was einer Zunahme von 25 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht (CHF 1,5 Mrd.).

Gewinnsteuern um ein Viertel höher

Insgesamt wiesen im Jahr 2013 235 der 283 Banken in der Schweiz (83%) einen Jahresgewinn aus. 2012 waren es 254 von 297 (85,5%). Während der aggregierte Nettogewinn 2012 bei CHF 186,1 Mio. lag, konnten ihn die Banken in der Schweiz 2013 auf CHF 10,5 Mrd. steigern. Diese starke Zunahme wurde insbesondere durch eine der beiden Grossbanken beeinflusst. Während diese im Vorjahr noch einen Verlust auswies, konnten im Jahr 2013 beide Grossbanken einen Gewinn ausweisen.

Starke Zunahme des aggregierten Nettogewinns

2.2 Entwicklungen im Jahr 2014

Im ersten Halbjahr 2014 nahmen die Transaktionsvolumina an der Schweizer Börse gegenüber dem Vorjahreshalbjahr um 6,5 Prozent zu. Die Börsenhäuser im ersten Halbjahr führte zu stark höher bewerteten Wertschriften in den Kundendepots. Gegenüber dem ersten Halbjahr des Vorjahres nahmen in den ersten sechs Monaten 2014 die Umsätze von Aktien um 10 Prozent, von Obligationen um 3 Prozent und von Anlagefonds um 199 Prozent zu. Einzig das gehandelte Volumen von strukturierten Produkten nahm in der betrachteten Periode um 16 Prozent ab. Diese Ergebnisse wirken sich positiv auf den Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft aus.

Starke Handelstätigkeit und Börsenhäuser im ersten Halbjahr

Es ist mit einem anhaltenden Tiefzinsniveau zu rechnen, sodass die Margen insbesondere im Zinsengeschäft – die zweitwichtigste Erfolgsposition der Banken – sobald nicht ansteigen dürften. Zusätzlich werden die Erträge gesamthaft aufgrund eines erhöhten Wettbewerbsdrucks – teilweise wohl auch getrieben durch branchenfremde Konkurrenten – sinken. Auf der Kostenseite werden sich die verschärften Regulierungen niederschlagen. In Kombination führt dies zu sinkenden Gewinnen bei den Banken. Zusätzliche Herausforderungen für die Ertragslage der Banken in der Schweiz stellen die durchgezogene globale konjunkturelle Entwicklung sowie die nach wie vor ungelösten fiskalischen Probleme der Eurozone dar.

Anhaltend tiefes Zinsniveau lässt Ausweitung der Margen kaum zu

3 Bilanzgeschäft

Nachdem die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz 2012 leicht abnahm, dehnte sie sich 2013 um 2,6 Prozent auf CHF 2'849,2 Mrd. aus. Grund war der erstmalige Einbezug von PostFinance, die eine Bilanzsumme von CHF 117 Mrd. aufwies. Ohne PostFinance hätte sich die aggregierte Bilanzsumme 2013 um CHF 46,1 Mrd. auf CHF 2'732,1 Mrd. verringert. Diese Entwicklung widerspiegelt die Reduktion risikogewichteter Aktiva bzw. die Verkürzung der Bilanzen. Die Hypothekarforderungen stellten auch 2013 mit einem Anteil von 31 Prozent den bedeutendsten Aktivposten. Die flüssigen Mittel betragen per Ende 2013 CHF 399,3 Mrd. Im Jahr 2004 lagen diese noch bei CHF 17,6 Mrd. Die Interventionen der SNB zur Verteidigung des Euro-Mindestkurses lassen sich durch eine genauere Betrachtung der Zusammensetzung der Aktiven zwischen 2004 und 2013 nachzeichnen. Die Giro Guthaben der Banken bei der SNB steigen, wenn die Nationalbank zur Abschwächung des Schweizer Frankens Devisen kauft und den Franken-Gegenwert der jeweiligen Bank gutschreibt. Bei der Analyse der Zusammensetzung der Passiven im selben Zeitraum, ist insbesondere der Trend zu zinsbedingten Umschichtungen deutlich erkennbar. Während Banken im Ausland ihre Kreditvergabe während der Finanz- und Wirtschaftskrise drosselten, unterstützten die Banken in der Schweiz die heimische Wirtschaft grosszügig mit Krediten. Das total ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2013 CHF 1'045,4 Mrd., was gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 4,5 Prozent entspricht. Die inländischen Hypothekarforderungen wiesen in den ersten fünf Monaten des Jahres 2014 eine abschwächende Dynamik auf und wuchsen mit 1,4 Prozent.

3.1 Entwicklungen im Jahr 2013

3.1.1 Entwicklung der Bilanzen

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz nahm 2013 gegenüber dem Vorjahr um CHF 70,9 Mrd. auf CHF 2'849,2 Mrd. zu (+2,6%). Die Bilanzverlängerung ist auf den erstmaligen Einbezug von PostFinance zurückzuführen, deren Bilanzsumme von CHF 117 Mrd. die Abnahme der restlichen Banken mehr als kompensierte. Ohne PostFinance hätte sich die aggregierte Bilanzsumme um CHF 46,1 Mrd. resp. 1,7 Prozent verringert.

Zunahme der aggregierten Bilanzsumme aufgrund des Einbezugs von PostFinance

Seit 2008 hat sich die aggregierte Bilanzsumme der Grossbanken – mit einer Ausnahme im Jahr 2010 – jährlich verringert (total: -29,9%). Im Jahr 2013 fiel die Verkürzung mit 3,1 Prozent weniger stark aus als 2012 mit 7 Prozent. Die zweite Bankengruppe, die im Jahr 2013 eine verkürzte Bilanz auswies, war die Gruppe der Auslandsbanken. Bei diesen reduzierte sich die Bilanz um CHF 48,7 Mrd. auf CHF 357,4 Mrd., was einer Reduktion von 12 Prozent entspricht. Die Reduktion ist mehrheitlich auf den Abgang von elf Instituten aus dieser Gruppe zurückzuführen.

Gross- und Auslandsbanken mit Bilanzverkürzungen

Die vorab inländisch orientierten Kantonalbanken, Regionalbanken und Sparkassen sowie Raiffeisenbanken verzeichneten 2013 erneut eine Zunahme der Bilanzsumme. Die aggregierte Bilanzsumme der Raiffeisenbanken nahm gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozent, diejenige der Kantonalbanken um 2,8 Prozent und diejenige der Regionalbanken und Sparkassen um 2 Prozent zu. Bei den genannten Bankengruppen führte insbesondere das Wachstum der Hypothekarforderungen, wenngleich auch in tieferem Ausmass als im letzten Jahr, zu einer Verlängerung der Bilanz. PostFinance wird in der Gruppe «Übrige Banken» erfasst, wodurch der starke Anstieg gegenüber dem Vorjahr erklärt werden kann (+68,8%).

Bilanzsumme der eher inländisch orientierten Banken erhöht

Bilanzsumme nach Bankengruppen

	Anzahl Institute		Bilanzsumme (Mrd. CHF)		Entwicklung Bilanzsumme	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Kantonalbanken	24	24	482,3	495,6	7,3%	2,8%
Grossbanken	2	2	1'364,8	1'322,3	-7,0%	-3,1%
Regionalbanken und Sparkassen	66	64	104,3	106,4	3,2%	2,0%
Raiffeisenbanken	1	1	164,7	173,6	5,6%	5,4%
Auslandsbanken	131	120	406,0	357,4	12,0%	-12,0%
Privatbankiers	13	11	61,8	65,6	13,5%	6,3%
Übrige Banken	60	61	194,5	328,3	-4,2%	68,8%
davon Vermögensverwaltungsbanken	47	47	125,3	140,0	-8,7%	11,7%
Total	297	283	2'778,3	2'849,2	-0,5%	2,6%

Quelle: SNB

Die in- und ausländischen Hypothekarforderungen erhöhten sich 2013 gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent auf CHF 884 Mrd. Damit blieben die Hypothekarforderungen auch 2013 mit einem Anteil von 31 Prozent

der bedeutendste Aktivposten der Banken in der Schweiz. Mit einem Anteil von 19,8 Prozent an den gesamten Aktiven legte auch der zweitgrösste Aktivposten, die (übrigen) Forderungen gegenüber Kunden, leicht zu. Diese erhöhten sich 2013 um CHF 5,1 Mrd. auf CHF 564,7 Mrd. (+0,9%). Die Gründe dafür waren eine Zunahme der Inlandkredite (grösstenteils zurückzuführen auf den Ersteinbezug von PostFinance) sowie eine leichte Abnahme der Auslandkredite. Wie schon im Vorjahr nahmen die Forderungen gegenüber Banken ab. Insgesamt reduzierte sich diese Position um CHF 36,9 Mrd. auf CHF 461,4 Mrd. (-7,4%), wozu insbesondere eine Grossbank mit dem Abbau der Forderungen gegenüber Banken im Ausland beitrug. Die Zunahme der flüssigen Mittel von CHF 340,8 Mrd. auf CHF 399,3 Mrd. (+17,2%) war einerseits eine Konsequenz des Einbezugs der Giro Guthaben von PostFinance bei der SNB und andererseits von markant angestiegenen Sichtguthaben einer Grossbank bei ausländischen Notenbanken. Diese Guthaben dienen der Grossbank als Krisenfinanzierungsquelle im Rahmen einer unbenutzten Liquiditätsfazilität. Der relativ kleine Posten der Forderungen aus Geldmarktpapieren nahm 2013 um 30,2 Prozent auf CHF 38,7 Mrd. ab. Seit 2009 reduzierte sich dieser Aktivposten um mehr als drei Viertel (-75,3%), was insbesondere auf den stark verminderten Bestand an Papieren ausländischer Emittenten – getrieben durch das ausserordentlich tiefe Zinsniveau – zurückzuführen ist.

Hypothekarforderungen bleiben grösste Aktivposition

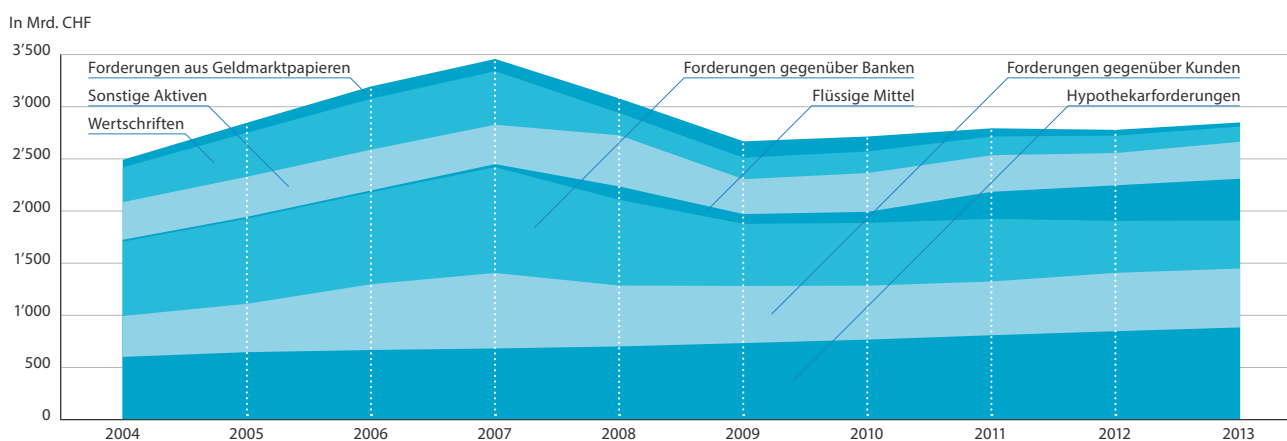
Bei der Zusammensetzung der Aktiven gab es zwischen 2004 und 2013 interessante Änderungen. Zwischen 2004 und 2013 verzeichneten die flüssigen Mittel eine enorme Zunahme. Während deren Bestand 2004 bei CHF 17,6 Mrd. lag, umfasste er per Ende 2013 CHF 399,3 Mrd. Ausschlaggebend für diese starke Zunahme waren die Interventionen der SNB zur Bekämpfung der Frankenstärke. Dazu erwirkte die SNB im August 2011, dass die Banken ihre Giro Guthaben von rund CHF 30 Mrd. zuerst auf CHF 80 Mrd. und schliesslich auf CHF 200 Mrd. ausdehnten. Weiter erneuerte die SNB auslaufende Repos und SNB Bills nicht mehr und kaufte ausstehende SNB Bills zurück, bis der angestrebte Girobestand erreicht wurde. Zudem parkierten die Banken aufgrund der unsicheren wirtschaftlichen Lage während der Finanzkrise ihre Überschussliquidität vermehrt bei der SNB, selbst wenn diese nur sehr gering verzinst wurden. Kontinuierlich zugenommen haben zwischen 2004 und 2013 auch die in- und ausländischen Hypothekarforderungen (+46,9%, von CHF 601,6 Mrd. auf CHF 884 Mrd.). Ihr Anteil an den gesamten Aktiven hat sich von 24 Prozent auf heute 31 Prozent erhöht. Grund dafür ist das anhaltend

Zusammensetzung der Aktiven veränderte sich in den letzten neun Jahren

tiefe Zinsumfeld und die hohe Nachfrage nach Immobilien. Im selben Zeitraum verzeichneten die Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen eine Abnahme um 56,3 Prozent (2004: CHF 334,6 Mrd., 2013: CHF 146,4 Mrd.). Ihr Anteil an den Gesamtaktiven ist von 13 Prozent auf 5 Prozent gefallen. Diese stetige Reduktion widerspiegelt die strategische Ausrichtung der Banken, welche ihre Bilanz verkürzen bzw. die risikogewichteten Aktiva reduzieren. 2004 machten die Forderungen gegenüber Banken 29 Prozent gemessen an den Gesamtaktiven aus. 2013 lag der Anteil noch bei 16 Prozent (2004: CHF 712,9 Mrd., 2013: CHF 461,4 Mrd.). Dies hat vor allem damit zu tun, dass die Banken ihre Bilanzen bewusst verkürzten (Deleveraging), indem sie die Verflechtungen mit anderen Banken reduzierten. In der Vergangenheit war diese Reduktion vor allem durch den nur erschwert funktionierenden Interbankenmarkt getrieben. Insgesamt ist ersichtlich, dass die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz bis 2007 relativ stark gestiegen ist, in den darauffolgenden drei Jahren aber stark verkürzt wurde. 2013 stieg die aggregierte Bilanzsumme aufgrund des erstmaligen Einbezugs von PostFinance.

Abb. 5

Zusammensetzung der Aktiven



Quelle: SNB

Wie bereits erwähnt spiegeln sich auch 2013 die Massnahmen der SNB gegen den starken Franken in den Giroguthaben der Banken wider. Diese nahmen 2013 auf CHF 302,4 Mrd. (+12,4%) zu, wobei die Zunahme weniger stark ausfiel als in den Jahren zuvor (2011: + 359,3%, 2012: +54,2%) und zu einem grossen Teil durch die erstmals in der Bankenstatistik enthaltenen Giroguthaben von PostFinance bei der SNB beeinflusst wurde.

Giroguthaben bei der SNB noch immer steigend, Effekt stark durch den Einbezug von PostFinance beeinflusst

Die aggregierten Kundengelder, welche die Einlagen in Spar- und Anlageform, Sichteinlagen und Termineinlagen umfassen, stiegen 2013 abermals an (+8,7%). Die Verpflichtungen gegenüber Kunden auf Sicht, die mit einem Anteil von 29 Prozent grösste Passivposition, nahmen um 14 Prozent auf CHF 827,2 Mrd. zu. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform nahmen ebenfalls zu (+14,3%). Dagegen gingen die Termineinlagen sowie die Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen um 14,9 bzw. um 11,5 Prozent zurück. Diese zinsbedingten Umschichtungen waren bereits in den letzten Jahren zu beobachten. Die Verpflichtungen gegenüber Banken setzten ihren langjährigen Trend fort und reduzierten sich um 7,5 Prozent auf CHF 435,2 Mrd. Die Abnahme erfolgte sowohl im In- als auch im Ausland.

Zunahme der Kundengelder auf Passivseite

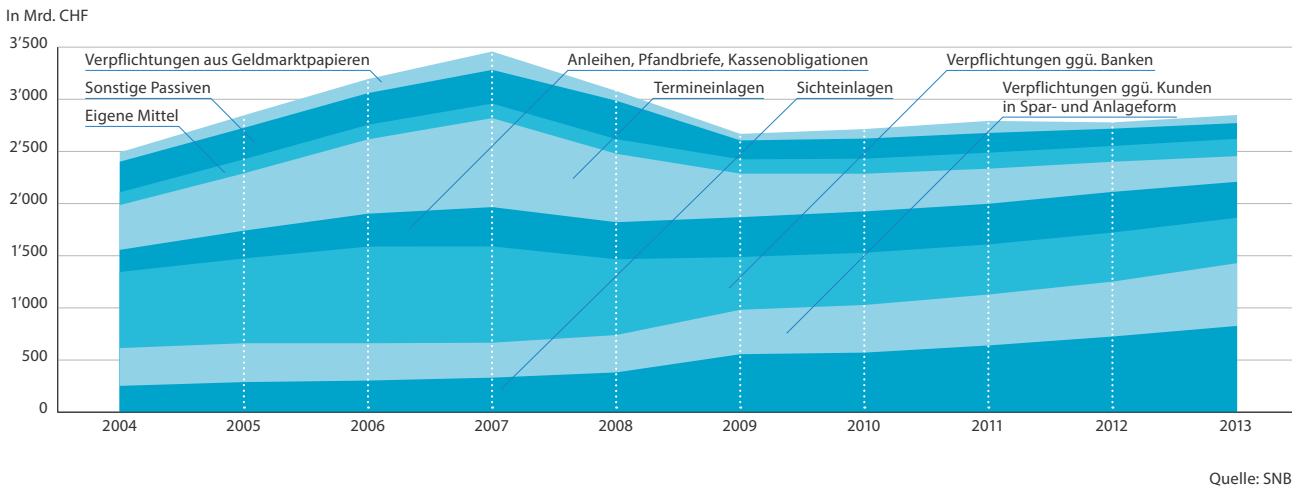
Die Verpflichtungen gegenüber Banken, 2004 mit 29 Prozent anteilmässig noch der grösste Passivposten, nahmen im betrachteten Zeitraum 2013 um 40,4 Prozent auf 435,2 Mrd. ab. Dies zeigt, dass die

Zusammensetzung der Passiven im Zeitverlauf: Trend zu zinsbedingten Umschichtungen deutlich erkennbar

Bankenverflechtungen – insbesondere im Inland – abgenommen haben. Die aufgrund des tiefen Zinsniveaus erfolgten Umschichtungen von Termin- hin zu Sichteinlagen sind in Abbildung 6 ersichtlich. So nahmen die Sichteinlagen zwischen 2004 und 2013 von CHF 252,4 Mrd. auf CHF 827,2 Mrd. zu. Ihr Anteil an den Gesamtpassiven stieg von 10 Prozent auf 29 Prozent. Damit stellten sie per Ende 2013 die grösste Passivposition dar. Gleichzeitig sank der Anteil der Termineinlagen von 17 Prozent auf 9 Prozent.

Abb. 6

Zusammensetzung der Passiven



3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts

Das Kreditgeschäft der Banken ist von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Während in europäischen Ländern wie Frankreich oder England die Kreditvergabe während der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise stark gedrosselt wurde, unterstützten die Banken in der Schweiz auch währenddessen die heimische Wirtschaft mit ausreichendem Kreditvolumen.

Kreditvergabe auch während der Finanzkrise intakt

Das total ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2013 CHF 1'045,4 Mrd. Davon stammten CHF 175,6 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden (Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Konsumkredite) und CHF 869,8 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Wie in Abbildung 7 ersichtlich, haben über die letzten Jahre vor allem die Hypothekarkredite zum konstanten Wachstum des inländischen Kreditvolumens beigetragen. Die ausstehenden ungedeckten Kredite, die eine hohe Volatilität aufweisen, haben 2013 um 10,4 Prozent zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2013 um 4,5 Prozent zu. Das Wachstum der inländischen Hypothekarkredite fiel 2013 mit 4,2 Prozent geringer aus als in den beiden Jahren zuvor (2011: 5,2%, 2012: 4,6%).

Gestiegenes inländisches Kreditvolumen

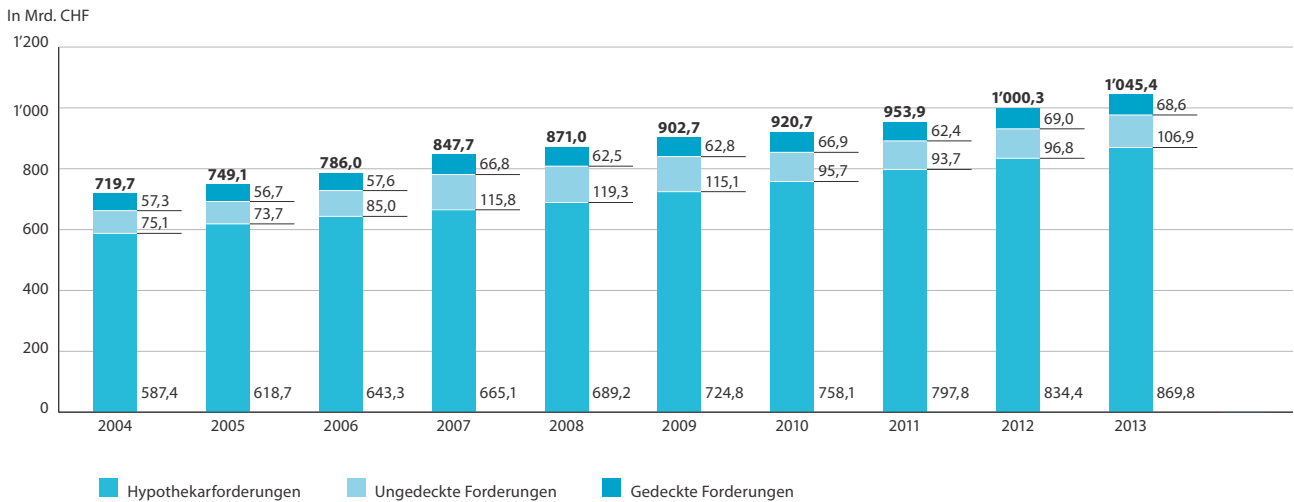
Die Banken haben ihre Selbstregulierung im Bereich des Hypothekarkreditgeschäfts in den letzten Jahren bereits dreimal angepasst. So werden von den Hypothekarnehmenden seit 2012 mehr harte Eigenmittel gefordert. Gleichzeitig sind diese verpflichtet, die Hypothek innert 20 Jahren auf zwei Drittel des Belehnungswertes zu amortisieren. Bereits diese Massnahmen haben einen wesentlichen Beitrag zur Beruhigung am Immobilien- und Hypothekarkreditmarkt geleistet. Eine weitere Beruhigung wird von der kürzeren Amortisationsdauer von 15 Jahren, der

Anpassung Selbstregulierung bremst Wachstum im Hypothekarkreditgeschäft

Anrechenbarkeit von Zweiteinkommen nur bei Solidarschuldnerschaft sowie der Einführung des Niederwertprinzips bei der Bewertung der Immobilien erwartet. Diese Massnahmen traten per September 2014 in Kraft.⁴

Abb. 7

Inländisches Kreditvolumen

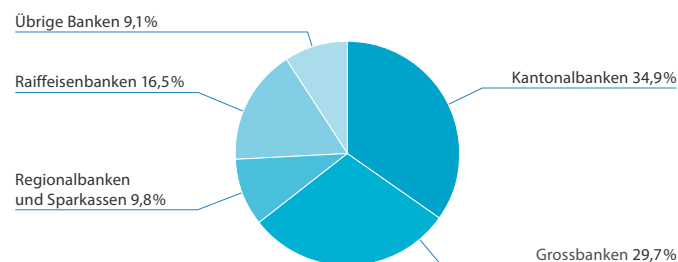


Die gesamthaft ausstehenden Hypothekarkredite erhöhten sich im Jahr 2013 um 4,3 Prozent auf CHF 884 Mrd. Die grosse Mehrheit davon (CHF 869,8 Mrd.) stammt von inländischen Kunden. Wiederum 75 Prozent sind Hypothekarforderungen, die an private Haushalte vergeben wurden.⁵ Wie bereits im Vorjahr stiegen die inländischen Hypothekarforderungen an (+4,2%). Der Anteil der fest verzinsten Hypothekarkredite betrug im Jahr 2013 86,7 Prozent. Das nach wie vor tiefe Zinsniveau hat zu diesem Anstieg beigetragen. Der durchschnittliche Zinssatz der ausstehenden inländischen Hypothekarforderungen sank im Jahr 2013 nochmals von 2,18 auf 2,02 Prozent.

Drei Viertel der Hypothekarforderungen stammen von privaten Haushalten

Abb. 8

Marktanteile inländischer Hypothekarkreditmarkt



Der Marktanteil der Kantonalbanken am inländischen Hypothekarkreditvolumen beträgt etwas mehr als ein Drittel. Dahinter folgen die beiden Grossbanken mit 29,7 Prozent (siehe Abbildung 8). Über die letzten Jahre haben vor allem die Raiffeisenbanken sowie die «Übrigen Banken» Marktanteile im inländischen Hypothekarkreditmarkt gewonnen, während vor allem die Grossbanken sowie die Regionalbanken und Sparkassen weniger stark gewachsen sind.

Kantonalbanken – grösster Marktanteil an inländischen Hypotheken

⁴ SBVg (2012) und SBVg (2014)

⁵ Gemäss Bankenstatistischem Monatsheft der SNB. Eine genaue Aufgliederung ist aufgrund der unterschiedlichen Erfassungsmethode nicht möglich.

Aufgegliedert nach Belehnungsgruppen betrug der Anteil der inländischen Hypothekarforderungen im ersten Rang im Jahr 2013 91,5 Prozent. Die Belehnungsgruppe «erster Rang» umfasst Hypothekarforderungen bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes der jeweiligen Immobilie. Im Vorjahr lag dieser Wert bei 91,2 Prozent. Zwischen den verschiedenen Bankengruppen sind keine relevanten Unterschiede feststellbar. Der hohe Anteil des Hypothekarkreditvolumens im ersten Rang unterstreicht die vorsichtige Vergabe im Bereich der Hypothekarkredite.

Hoher Anteil Hypothekarkredite im ersten Rang

Konsumkredite haben in der Schweiz nach wie vor eine geringe Bedeutung. Insgesamt waren per Ende 2013 547'911 Kredite mit einem Volumen von CHF 7,4 Mrd. ausstehend. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Reduktion von 12,8 Prozent.

Konsumkredite verlieren an Bedeutung

3.2 Entwicklungen im Jahr 2014

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2014 hat die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz um 2 Prozent auf CHF 2'991,1 Mrd.⁶ zugenommen. Die wichtigsten Aktivposten setzten den Vorjahrestrend auch in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres fort. So sind die Hypothekarforderungen (1,6%), die (übrigen) Forderungen gegenüber Kunden (+7,3%) sowie die flüssigen Mittel (+1%) gestiegen und die Forderungen aus Geldmarktpapieren gesunken (-14,1%). Eine Trendwende durchlaufen haben hingegen die Forderungen gegenüber Banken. Sie haben in den ersten fünf Monaten 2014 um 1,6 Prozent zugenommen.

Anstieg der Bilanzsumme

Auf der Passivseite haben die Termineinlagen sowie die Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen nach langer Abwärtstendenz um 1,5 Prozent resp. 2,9 Prozent zugenommen. Dies könnte damit zusammenhängen, dass aufgrund der anhaltenden Tiefzinspolitik der SNB viele Banken die Zinsen auf den Sparkonten der Kunden nochmals gesenkt haben und Kunden Termineinlagen, Anleihen, Pfandbriefe oder Kassenobligationen wieder vermehrt als Alternative zum Sparkonto berücksichtigen.

Kehtwende bei Termineinlagen

Über die ersten fünf Monate des Jahres 2014 wuchs das total ausstehende inländische Kreditvolumen um 1,6 Prozent. Die gedeckten Forderungen stiegen mit 2,2 Prozent am stärksten an. Dahinter folgen die ungedeckten Forderungen mit 2,1 Prozent. Die inländischen Hypothekarforderungen haben an Dynamik eingebüsst und wuchsen noch mit 1,4 Prozent.

Geringere Dynamik bei Hypothekarkrediten

Die strategisch gewollte Reduktion der risikogewichteten Aktiva, aber auch der gesamten Bilanzsumme, dürfte sich im zweiten Halbjahr 2014 fortsetzen. Dies geschieht mehrheitlich durch den Ausstieg aus Nicht-Kerngeschäften der jeweiligen Bank. Die Eigenmittelaufgaben von Basel III einerseits und die (risikoungewichtete) Leverage Ratio andererseits führen zu diesen Entwicklungen.

Bewusste Bilanzverkürzung aufgrund Regulierung

⁶ Die Daten für das laufende Jahr beruhen auf Teilerhebungen, d.h. es werden nicht alle Banken erfasst, und sind daher nicht identisch mit denjenigen des vergangenen Jahres, welche auf Vollerhebungen basieren.

4 Vermögensverwaltung

Die Wertschriftenbestände in Kundendepots nahmen 2013 erneut zu. Sie erhöhten sich um 6,7 Prozent auf CHF 5'167,4 Mrd. Treibender Faktor waren die steigenden Börsenkurse. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform nahmen von CHF 526,5 Mrd. auf CHF 601,7 Mrd. zu (+14,3%). Die Treuhandgelder setzten ihre Talfahrt der letzten Jahre fort und betragen Ende 2013 noch CHF 120,7 Mrd. (-12,4%). Grund dafür ist das nach wie vor ausserordentlich tiefe Zinsniveau. Zinsbedingte Umschichtungen führten 2013 auch zu einer Reduktion der Termineinlagen von CHF 289,1 Mrd. auf CHF 246,2 Mrd. Insgesamt verwalteten die Banken in der Schweiz per Ende 2013 Vermögen in der Höhe von CHF 6'136 Mrd. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von CHF 340 Mrd.

4.1 Entwicklungen im Jahr 2013

Zu den verwalteten Vermögen zählen gemäss der FINMA neben den Wertschriftenbeständen in Kundendepots weitere Positionen. So umfassen die verwalteten Vermögen gemäss einem Rundschreiben der FINMA alle Anlagewerte, für die Anlageberatungs- und/oder Vermögensverwaltungsdienstleistungen erbracht werden. Demzufolge werden zu den verwalteten Vermögen die folgenden Positionen gezählt: Wertschriftenbestände in Kundendepots, Treuhandanlagen, Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform sowie Verpflichtungen gegenüber Kunden auf Zeit.⁷

Definition
«verwaltete Vermögen»

Die Banken in der Schweiz verwalteten per Ende 2013 Vermögen in der Höhe von CHF 6'136 Mrd. Das sind rund CHF 340 Mrd. mehr als im Vorjahr. Die Zunahme basiert auf einem Wachstum der Wertschriftenbestände und der Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform. Treuhandanlagen sowie Termineinlagen reduzierten sich hingegen. 51,3 Prozent der verwalteten Vermögen in der Schweiz sind ausländischen Kunden zuzurechnen.

Verwaltete Vermögen in der Höhe von CHF 6'136 Mrd.

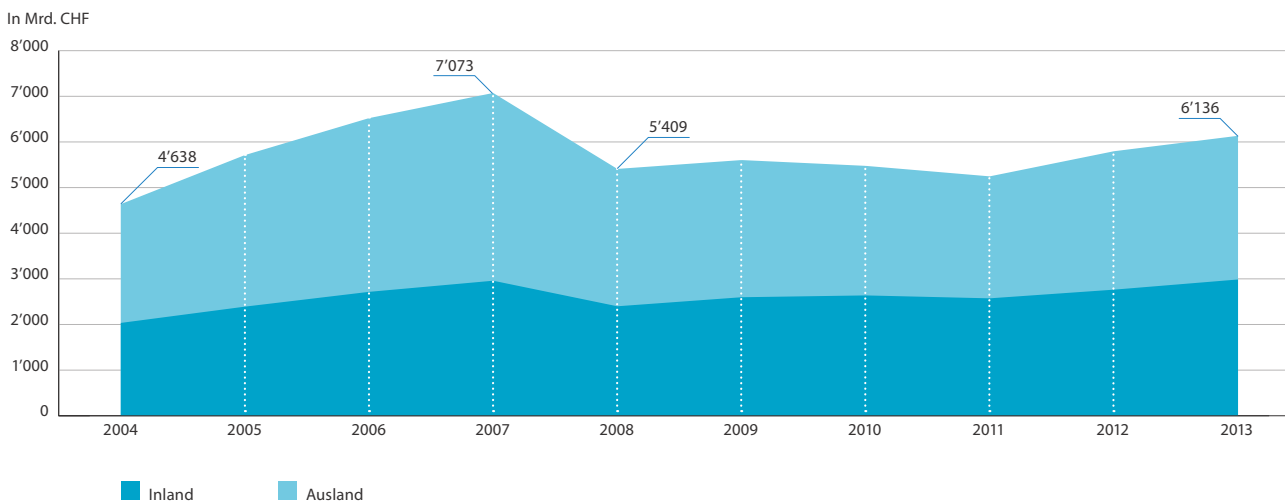
Die von Banken in der Schweiz verwalteten Vermögen nahmen zwischen 2004 und 2013 um insgesamt CHF 1'498 Mrd. (+32%) zu. Bis kurz vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise legten die verwalteten Vermögen stark zu und erreichten während der Boomphase 2007 mit CHF 7'073 Mrd. ihren Höhepunkt. Aufgrund des Zusammenbruchs vieler Börsenindizes bei Ausbruch der Krise 2008 verzeichneten insbesondere die Wertschriftenbestände in Kundendepots der Banken grosse Verluste. Dies führte zu einem rapiden Rückgang der verwalteten Vermögen innert Jahresfrist um 23,5 Prozent auf CHF 5'409 Mrd. Zwischen 2008 und 2011 stagnierten die verwalteten Vermögen, seit 2011 werden wieder wachsende Bestände verzeichnet. Der Vermögensanteil von ausländischen Kunden nahm zwischen 2004 und 2013 von 56,1 Prozent auf 51,3 Prozent ab. Dies ist in erster Linie auf die unterschiedliche Zusammensetzung der Vermögen zurückzuführen. So weisen ausländische Kunden viel höhere Depotwerte aus, die in Euro oder US-Dollar gehalten werden. Aufgrund der Abwertung dieser beiden Währungen gegenüber dem Schweizer Franken sind diese Depots heute wesentlich tiefer bewertet als noch vor einigen Jahren. Zudem wird ein Grossteil der ausländischen Termineinlagen in Fremdwährungen gehalten, welche ebenso durch die Währungsschwankungen beeinflusst wurden.

Verwaltete Vermögen im Zeitverlauf: Seit 2011 wieder zunehmend

⁷ Die für die SNB-Statistik massgebliche Erhebungsstufe für Wertschriftendepots und Treuhandanlagen umfasst die Filialen der Banken in der Schweiz, nicht jedoch die ausländischen Niederlassungen. Insofern repräsentieren die konsolidierten Zahlen den Bankenplatz Schweiz im engeren Sinne. Dies gilt jedoch nicht für die in der Bilanz ausgewiesenen Kundeneinlagen, bei denen auch die Niederlassungen im Ausland einbezogen werden. Dieser Unterschied wird jedoch bei der Berechnung ausser Acht gelassen.

Abb. 9

In der Schweiz verwaltete Vermögen



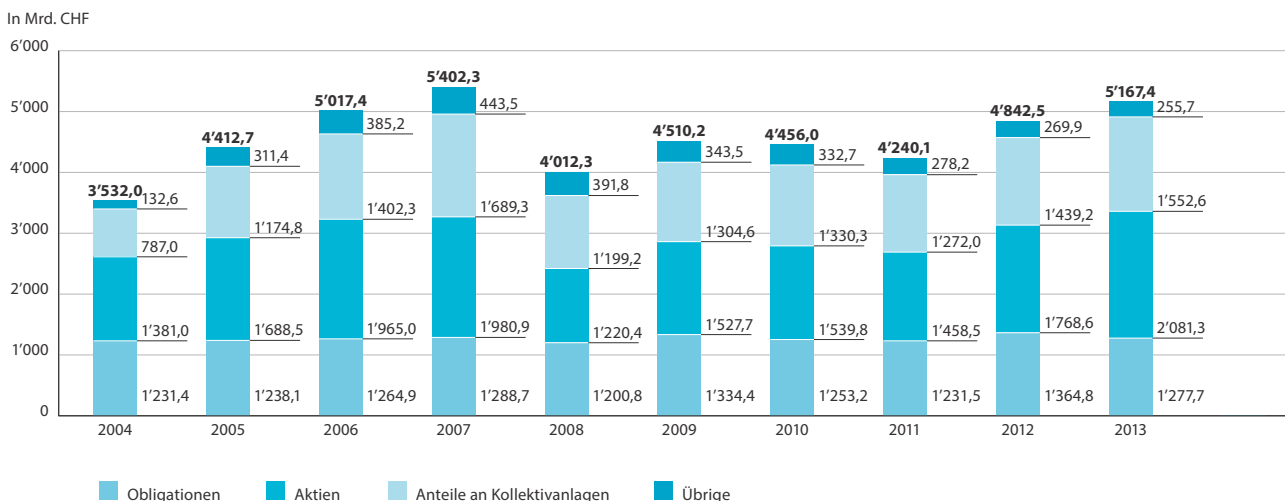
Quelle: SNB

Die Wertschriftenbestände in Kundendepots nahmen 2013 um CHF 324,9 Mrd. auf CHF 5'167,4 Mrd. zu (+6,7%). Insbesondere steigende Börsenkurse trugen zu diesem Anstieg bei. Insgesamt liegen die Depotbestände aber weiterhin unter dem 2007 erreichten Höchstwert (CHF 5'402,3 Mrd.).

Zunahme der Wertschriftenbestände um 6,7 Prozent

Abb. 10

Wertschriftenbestände in Kundendepots nach Art



Quelle: SNB

Die anhaltend lockere Geldpolitik der bedeutendsten Zentralbanken hat der Schweizer Börse 2013 den stärksten Kursgewinn seit acht Jahren beschert. Die Aktienbestände in den Kundendepots der Banken erhöhten sich wie bereits im Vorjahr überdurchschnittlich und wiesen die grösste Zunahme unter den Wertschriftenkategorien auf (2013: +17,7%, 2012: +21,3%). Per Ende 2013 beliefen sich die Aktienbestände auf CHF 2'081,3 Mrd. Mit einem Anteil von 40,3 Prozent stellen die Aktien die bedeutendste Position der Wertschriftenbestände dar.

Erneut starker Anstieg der Aktienbestände

Die Anteile an kollektiven Kapitalanlagen (u.a. Fonds), mit 30 Prozent die zweitgrösste Wertschriftenkategorie, nahmen 2013 um 7,9 Prozent auf CHF 1'552,6 Mrd. zu. Die kollektiven Kapitalanlagen in Depots von

Kollektive Kapitalanlagen auch unter neuem Gesetz im Aufwind

inländischen Kunden sind 2013 mit 11,4 Prozent stärker gestiegen als diejenigen von ausländischen Kunden, die um 4 Prozent zunahmen. Im Herbst 2012 beschloss das Schweizer Parlament eine Revision des Kollektivanlagengesetzes (KAG). Am 1. März 2013 sind die Teilrevisionen des KAGs und der Verordnung dazu (KKV) in Kraft getreten. Ziele dieser Revision waren die Anpassung der Vorschriften bezüglich Vermögensverwaltung, Verwahrung und Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen an die neuen internationalen Standards, vor allem an die AIFM (Alternative Investment Funds Managers) Richtlinie der Europäischen Union. Der Zugang zum europäischen Markt wäre Schweizer Vermögensverwaltern ohne diese Anpassung ab Mitte 2013 verwehrt gewesen, was sich negativ auf die Statistiken niedergeschlagen hätte.

Nachdem die Bestände an Obligationen 2012 nach zweijähriger Durststrecke wieder zugenommen haben, wurde 2013 eine erneute Abnahme verzeichnet. Insgesamt nahmen die Obligationen von CHF 1'346,8 Mrd. auf 1'277,7 Mrd. ab (-6,4%). Ausländische Kunden haben ihre Obligationenbestände stärker reduziert als inländische Kunden (-10,1% bzw. -3%). Der Grund für die Reduktion sind hohe Staatsschulden in vielen Industrieländern sowie die expansive Geldpolitik der Notenbanken und das damit verbundene tiefe Zinsniveau. Dennoch stellen Obligationen mit einem Anteil von 24,7 Prozent noch immer die drittgrösste Anlageklasse in Kundendepots dar.

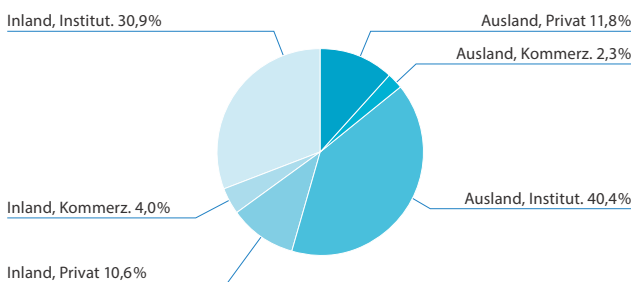
| Abnahme der Obligationen

Sowohl bei in- als auch ausländischen Kunden wiesen die institutionellen Anbieter auch 2013 die grössten Depotbestände auf (30,9% bzw. 40,4%). Abgesehen davon spielen auch in- und ausländische private Anleger mit fast identischen Anteilen (10,6% bzw. 11,8%) eine wichtige Rolle. Die Bedeutung des Euro als Anlagewährung hat 2013 weiter abgenommen. So betrug der Anteil der Euro-Anlagen an den gesamten Wertschriftenbeständen 18 Prozent. Im Jahr 2009 lag dieser Wert noch bei 25 Prozent. Der US-Dollar liegt mit einem Anteil von 22 Prozent auf demselben Niveau wie im Vorjahr. Die bedeutendste Anlagewährung stellt mit über 51 Prozent der Schweizer Franken dar.

| Institutionelle Kunden mit grössten Depotbeständen, Euro verliert weiter an Bedeutung

Abb. 11

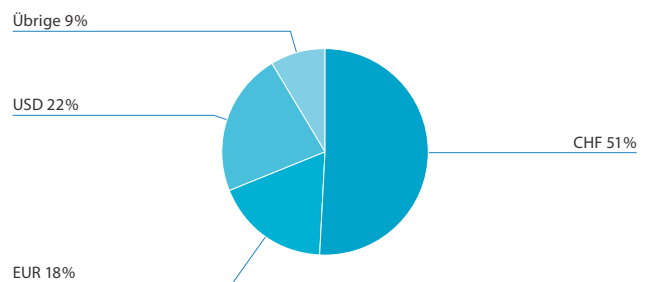
Depotbestände nach Kunden 2013



Quelle: SNB

Abb. 12

Depotbestände nach Währungen 2013



Quelle: SNB

Das seit 2008 anhaltende Tiefzinsumfeld führte zu Umschichtungen bei bilanziellen Kundengeldern. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform beliefen sich per Ende 2013 auf CHF 601,7 Mrd. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem hohen Wachstum von 14,3 Prozent, was gut zur Hälfte der Tatsache zuzuschreiben ist, dass PostFinance erstmals in die Statistik der SNB aufgenommen wurde. Insgesamt 92,5 Prozent der Kundeneinlagen in Spar- und Anlageform stammten 2013 von inländischen Kunden. Zu diesen Geldern gehören unter anderen die Positionen Freizügigkeitskonten (2. Säule) und gebundene Vorsorge (3. Säule). Die

| Verpflichtungen in Spar-/Anlageform und Termineinlagen: Zinsbedingte Umschichtungen

Verpflichtungen gegenüber Kunden auf Zeit (Termineinlagen) sanken um CHF 14,9 Mrd. auf CHF 246,2 Mrd. Bei den Termineinlagen entfiel mit 75 Prozent die Mehrheit auf ausländische Kunden.

Die von Banken in der Schweiz verwalteten Treuhandgelder⁸ verringerten sich 2013 um CHF 17 Mrd. auf CHF 120,7 Mrd. (-12,4%). Die Treuhandgelder betragen 2007 noch CHF 482,9 Mrd. und nahmen seitdem sukzessive ab. Da Treuhandgelder meist in Geldmarktanlagen investiert werden, haben sie durch das anhaltend tiefe Zinsniveau in den letzten Jahren stark an Attraktivität eingebüsst.

Treuhandgelder nahmen seit 2007 sukzessive ab

Insgesamt konnte der Schweizer Bankensektor im Jahr 2013 von Zuflüssen aus den Emerging Markets und einer ausgeprägten Kapitalmarktentwicklung profitieren, was den Rückgang der verwalteten Vermögen aus Westeuropa mehr als kompensierte. Der Hauptaspekt für den Rückgang der Vermögen aus Westeuropa dürfte die Regularisierung von Altvermögen und die damit verbundene Steuerbegleichung darstellen. Insofern konnte der Schweizer Bankensektor seine Stellung im weltweiten grenzüberschreitenden Private Banking verteidigen und bleibt mit einem Anteil von 26 Prozent Weltmarktführer.⁹

Zuflüsse aus Emerging Markets können Abflüsse überkompensieren

4.2 Entwicklungen im Jahr 2014

Per Ende Mai 2014 verwalteten die Banken in der Schweiz Vermögen in der Höhe von CHF 6'310 Mrd., was gegenüber Ende 2013 einer Zunahme von 3,8 Prozent entspricht.¹⁰ Die Wertschriftenbestände haben weiter zugenommen und beliefen sich per Ende Mai 2014 auf CHF 5'308 Mrd., die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform steigerten sich auf CHF 627 Mrd. und die Termineinlagen auf CHF 255 Mrd. Leicht abgenommen haben die Treuhandverpflichtungen. Sie betragen Ende Mai 2014 CHF 120 Mrd.

Weitere Zunahme der verwalteten Vermögen

Diejenigen Banken, die bereits ihre Halbjahresberichte publiziert haben, konnten mehrheitlich einen Vermögenszufluss ausweisen. Dies widerspiegelt die Entwicklung, die bis zum jetzigen Zeitpunkt in den Statistiken der SNB ersichtlich ist. Für die Zukunft ist einerseits mit Abflüssen westeuropäischer Kundengelder zu rechnen – unter anderem getrieben durch die Regularisierung von Altvermögen – andererseits dürften die Vermögen aus den Emerging Markets ihren Aufwärtstrend fortführen. Die Neugelder stammen schwergewichtig aus Lateinamerika und Osteuropa. Zusammengenommen sollte dies zu steigenden verwalteten Vermögen führen.

Erwarteter Vermögenszufluss insbesondere aus Emerging Markets

Die Attraktivität des Schweizer Finanzplatzes ist nach wie vor gegeben und auch für die Zukunft gehen Prognosen davon aus, dass die Schweiz mittelfristig die Nummer eins im globalen grenzüberschreitenden Private Banking bleiben wird. Die beiden stark wachsenden Finanzplätze Hong Kong und Singapur dürften jedoch in der längeren Frist – dank ihrer geographischen Nähe zum stark wachsenden asiatischen Markt – diesen Platz streitig machen.

Schweiz bleibt mittelfristig die Nummer eins im grenzüberschreitenden Private Banking

⁸ Treuhandgelder werden von der Bank in ihrem eigenen Namen, jedoch im Auftrag und auf Rechnung sowie Gefahr des Kunden getätigt oder gewährt. Treuhandgelder umfassen Transaktionen mit beispielsweise Krediten, Anlagen oder Beteiligungen.

⁹ The Boston Consulting Group 2014

¹⁰ Die Daten für das laufende Jahr beruhen auf Teilerhebungen und sind daher nicht identisch mit denjenigen des vergangenen Jahres, welche auf Vollerhebungen basieren.

5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz

Der inländische Personalbestand der Banken in der Schweiz betrug im Jahr 2013 105'735 (in Vollzeitäquivalenten). Dies entspricht einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 579 Stellen. Ohne den erstmaligen Einbezug von PostFinance in die Statistik der SNB hätte sich der Personalbestand im Inland um 2'840 Stellen reduziert. Davon stammt ein Grossteil aus dem Stellenabbau der beiden Grossbanken (-1'955 bzw. -5%). Dahinter folgen die Auslandsbanken mit einer Reduktion von 1'313 Stellen (-6,6%). Deren Reduktion ist zur Hälfte auf die Schliessung bzw. Übernahme von Auslandsbanken zurückzuführen. Regionalbanken und Sparkassen reduzierten ihren Personalbestand um 164 Stellen (-3,9%). Für das zweite Halbjahr 2014 erwarten gemäss der SBVg-Umfrage 66,1 Prozent der antwortenden Banken eine gleichbleibende Beschäftigung. 18,5 Prozent sehen ihre Beschäftigung höher, wohingegen 15,4 Prozent der Banken eine Reduktion ihres Personalbestands im Inland erwarten. Da diejenigen Banken, die eine Erhöhung des Personalbestands erwarten, einen grösseren Anteil an der Gesamtbeschäftigung ausmachen, wird für das zweite Halbjahr 2014 von einer leicht positiven Beschäftigungstendenz ausgegangen.

5.1 Entwicklungen im Jahr 2013

Wie bereits erwähnt wurde PostFinance im Jahr 2013 neu in die Statistik der SNB aufgenommen, was zu einer Netto-Zunahme der Beschäftigung im Inland um 579 Vollzeitstellen führte. Ohne diesen Effekt hätte sich die Beschäftigung um 2'840 bzw. -2,7 Prozent reduziert. Per Ende 2013 beschäftigten Banken im Inland 105'735 Personen. Die leichte Zunahme des Personalbestands kontrastiert mit den gesunkenen Löhnen und Gehältern im Inland (minus CHF 1'505 Mio. auf CHF 16,5 Mrd.), was die diversen Sparmassnahmen bei den Banken widerspiegelt.

Erhöhter Personalbestand durch Einbezug von PostFinance

Die beiden Grossbanken reduzierten ihren Personalbestand in der Schweiz im Jahr 2013 um 1'955 Stellen. Diese Reduktion war Teil der Sparmassnahmen der Grossbanken. An den Regionalbanken und Sparkassen ist der Spardruck ebenfalls nicht spurlos vorbei gegangen, was zu einer Reduktion von 164 Stellen führte. Die Beschäftigungszahlen der Auslandsbanken nahmen 2013 um 1'313 Personen ab, was rund zur Hälfte auf die Schliessung oder Übernahme von Auslandsbanken zurückzuführen ist. Bei den Privatbankiers war eine leichte Reduktion von 18 Stellen (-0,4%) zu verzeichnen. Unter Berücksichtigung der Reduktion der Anzahl Privatbankiers von 13 auf elf könnte dieser Rückgang aber auch als Personalaufbau interpretiert werden.

Starke Reduktion bei den Grossbanken

Der Personalbestand der Raiffeisenbanken hat sich im Jahr 2013 um 50 Stellen erhöht, was einer Zunahme von +0,6 Prozent entspricht. Bei den «Übrigen Banken» ist durch den Einbezug von PostFinance ein massiver Sprung zu verzeichnen (+34,4%). Isoliert betrachtet konnte diese Bankengruppe aber dennoch 751 Stellen aufbauen. Dies entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Plus von 4,6 Prozent.

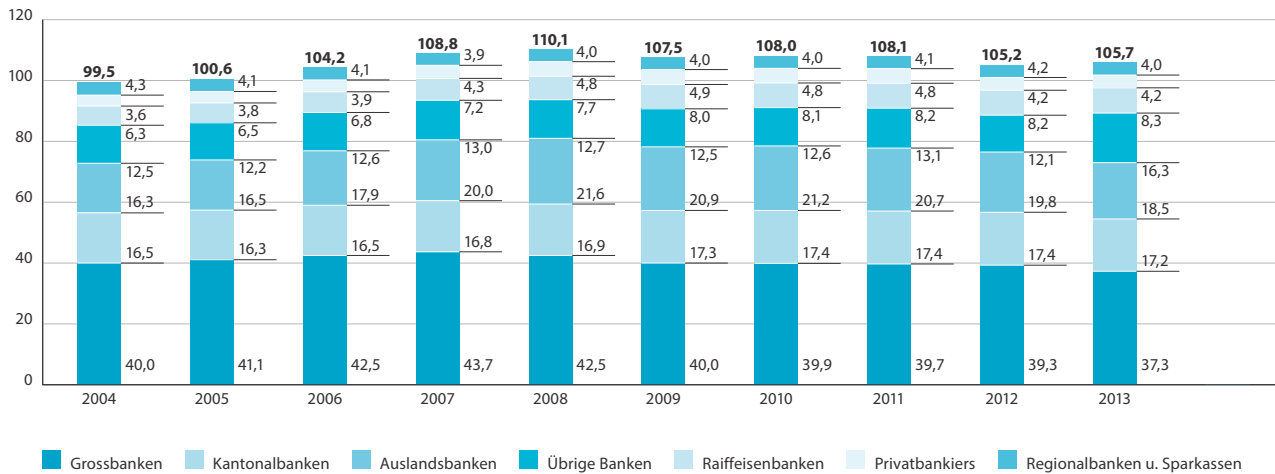
Zunahme bei «Übrigen Banken» auch ohne PostFinance

Schweizer Banken beschäftigten per Ende 2013 im Inland 39'152 Frauen. Damit stieg der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden innerhalb eines Jahres von 36,9 Prozent auf 37 Prozent leicht an. Den höchsten Anteil wiesen wie bereits in den Vorjahren die Raiffeisenbanken mit 47,3 Prozent aus, gefolgt von den «Übrigen Banken» mit 46,2 Prozent – getrieben durch den Einbezug von PostFinance. Dahinter folgen die Regionalbanken und Sparkassen mit einem Anteil von 45 Prozent.

Anteil weiblicher Mitarbeitenden leicht gestiegen

Personalbestand bei den Banken in der Schweiz (Inland)

in Tsd. Vollzeitäquivalenten



Quelle: SNB

Die Arbeitslosenrate im Schweizer Bankensektor betrug im Jahr 2013 durchschnittlich 2,7 Prozent und lag somit einen halben Prozentpunkt unter den Zahlen für die Gesamtwirtschaft von 3,2 Prozent.

Vergleichsweise tiefe Arbeitslosenrate im Bankensektor

5.2 Entwicklungen im Jahr 2014

Im Februar 2014 wurde die Masseneinwanderungsinitiative vom Stimmvolk angenommen. Dies beeinflusst auch den Bankensektor, der auf qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist. Gemäss einer Umfrage des AGV Banken rekrutierten Banken im Jahr 2013 3'750 Personen aus den EU/EFTA-Staaten sowie 610 Personen aus Nicht-EU-Staaten. Für das laufende und das nächste Jahr rechnen die Banken in etwa mit einer gleichbleibenden Anzahl an Neurekrutierungen aus diesem Raum. Insgesamt beschäftigten Banken in der Schweiz im Jahr 2013 ungefähr 28'000 ausländische Mitarbeitende (inkl. Grenzgänger und Kurzaufenthalter).¹¹ Eine allfällige Kontingentierung ausländischer Arbeitskräfte dürfte den Arbeitskräftemangel im Bereich der höher Qualifizierten (höhere Berufsausbildung und Hochschulabschluss) verschärfen. Dies wird bestärkt durch die Tatsache, dass keine einzige Bank allfällig tiefere Löhne von Mitarbeitenden aus EU/EFTA-Staaten als Grund für die Rekrutierung von Ausländern angab. Ein allfälliger Mangel an ausländischen Spezialisten müsste kurzfristig durch Outsourcing ins Ausland und längerfristig durch verstärkte Anstrengungen im Ausbildungsbereich aufgefangen werden.

Banken auf qualifizierte ausländische Arbeitskräfte angewiesen

Im ersten Halbjahr 2014 hat sich die Arbeitslosenrate im Bankensektor auf durchschnittlich knapp unter 2,6 Prozent reduziert, während sich die Quote für die Gesamtwirtschaft leicht erhöht hat (Juni 2014: 2,9%).

Reduktion Arbeitslosenrate im Bankensektor

¹¹ Schätzung basierend auf Statistiken des Bundesamts für Statistik.

Die jährlich von der SBVg durchgeführte Umfrage zur Personalentwicklung bei den Banken zeigt für das erste Halbjahr 2014 einen leichten Rückgang der Beschäftigung in der Schweiz. Gemäss dieser reduzierte sich die inländische Beschäftigung zwischen Ende 2013 und 30. Juni 2014 um 690 Stellen (-0,7%). Von den antwortenden Banken wurden 3'400 Zugänge und 4'090 Abgänge gemeldet.

Reduzierter Personalbestand im ersten Halbjahr 2014

Abb. 14

Personalbestand im Inland¹²

In Vollzeitäquivalenten	Stand am 31. Dez. 2013	Stand am 30. Juni 2014	Entwicklung im ersten Halbjahr 2014			
			Zugänge	Abgänge	Netto	In %
Inland	90'574	89'884	3'400	4'090	-690	-0,7%

Anmerkung:
Anzahl Antworten: 189

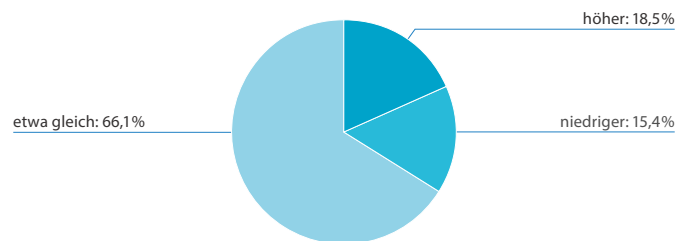
Quelle: Umfrage zur Personalentwicklung SBVg 2014

Für das zweite Halbjahr 2014 erwarten gemäss der im Juli 2014 durchgeführten Umfrage 66,1 Prozent der antwortenden Banken eine gleichbleibende Beschäftigung. Dies liegt auf demselben Niveau wie in der Vorjahresumfrage. 18,5 Prozent sehen ihre Beschäftigung höher, wohingegen 15,4 Prozent der Banken eine Reduktion ihres Personalbestands im Inland erwarten. Da diejenigen Banken, die eine Erhöhung des Personalbestands erwarten, einen grösseren Anteil an der Gesamtbeschäftigung ausmachen, wird insgesamt von einer leicht positiven Beschäftigungstendenz für das zweite Halbjahr 2014 ausgegangen.

Leicht positive Beschäftigungstendenz erwartet

Abb. 15

Erwartete Beschäftigungsentwicklung zweites Halbjahr 2014



Anmerkung:
Anteile aller antwortenden Banken (189).

Quelle: Umfrage zur Personalentwicklung SBVg 2014

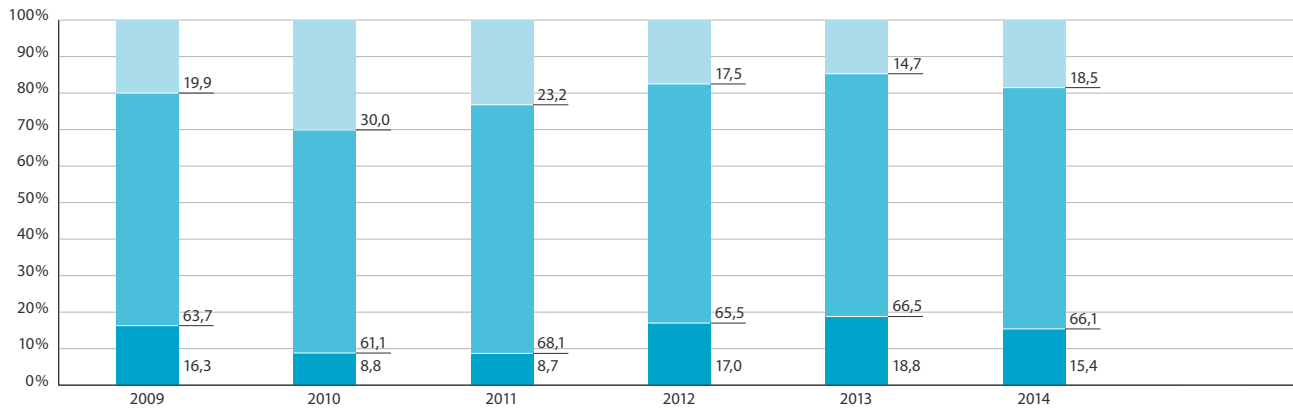
¹² Der Personalbestand Ende 2013 fiel in der Umfrage der SBVg tiefer aus als in der Statistik der SNB angegeben. Der Grund für diese Differenz liegt in der Rücklaufquote der SBVg-Umfrage. Die Umfrage wurde bei 266 Banken in der Schweiz durchgeführt. Die Rücklaufquote der Befragung lag bei 74,4 Prozent, welche 85,7 Prozent des Personalbestands von Banken in der Schweiz repräsentieren. Bei der Befragung zur Personalentwicklung im zweiten Halbjahr in den einzelnen Geschäftsbereichen lag die Rücklaufquote zwischen 32 und 38,7 Prozent.

In den vergangenen Umfragen zur Personalentwicklung dominierte jeweils die Kategorie «etwa gleich». Relevante Verschiebungen sind eher in den Bereichen «höher» bzw. «niedriger» festzustellen.

Gleichbleibende Beschäftigung dominierte die letzten Umfragen

Abb. 16

Umfrageergebnisse zur Beschäftigungserwartung für das zweite Halbjahr 2014



Anmerkung:
Anteile in Prozent aller beantworteten Umfragen zur Beschäftigungsentwicklung im zweiten Halbjahr 2014.

■ niedriger ■ etwa gleich ■ höher

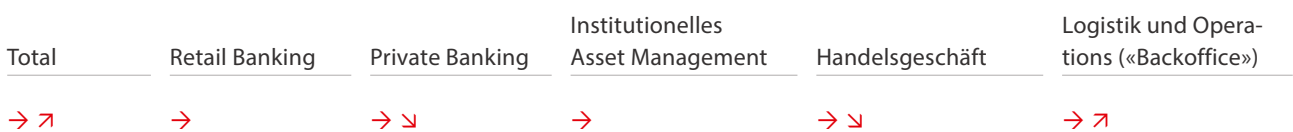
Quelle: Umfrage zur Personalentwicklung SBVg 2014

Die erwartete Beschäftigungsentwicklung unterscheidet sich je nach Geschäftsfeld. So wird im Private Banking und im Handelsgeschäft eine eher sinkende Beschäftigung erwartet. Im Retail Banking sowie im institutionellen Asset Management wird mehrheitlich von einer gleichbleibenden Beschäftigung ausgegangen. Für den Bereich Logistik und Operations (Backoffice) gehen die antwortenden Banken von einer leicht steigenden Tendenz aus, was insbesondere durch regulatorische Entwicklungen getrieben ist.

Leicht negative Tendenz im Private Banking und Handelsgeschäft

Abb. 17

Tendenz der Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2014



Anmerkung:
Je nach Geschäftsfeld beträgt die Anzahl Antworten zwischen 85 und 103. Beim Total sind es 189. Da der Rücklauf für das «Total» weitaus höher liegt als bei den einzelnen Geschäftsfeldern, ist deren Aussagekraft teilweise begrenzt. Die Tendenzen ergeben sich aus den mit der Beschäftigung gewichteten Antworten.

Quelle: Umfrage zur Personalentwicklung SBVg 2014

6 Spezialthema: EU-Bankenunion

Die Europäische Union (EU) befindet sich inmitten einer Konstruktions- und Umsetzungsphase des grössten politischen und wirtschaftlichen Projektes seit Einführung des Euro: dem Projekt «Bankenunion». Die Errichtung einer Bankenunion hat eine vertiefte Integration des europäischen Bankensystems zum Ziel und soll den Teufelskreis sich wechselseitig verstärkender Banken- und Staatsschuldenkrisen durchbrechen. Die Bankenunion besteht aus einem Fundament einheitlicher Regeln und den drei Pfeilern Bankenaufsicht, Bankenabwicklung und Einlagensicherung mit je einem eigenen Mechanismus. Obwohl die Schweiz nicht Mitglied der EU ist, bleibt das Mammutprojekt EU Bankenunion nicht ohne Auswirkungen auf den Schweizer Finanzplatz.

Die Eurokrise hat den Teufelskreis sich wechselseitig verstärkender Banken- und Staatsschuldenkrisen schmerzlich aufgezeigt. Steigende Zinsen von Staatsanleihen und damit einhergehend oftmals deren Ausfall führten zu Wertverlusten bei Banken, was sich negativ auf deren Bilanzen auswirkte. Die Finanzierungssituation der Banken verschlechterte sich dadurch und einige mussten von ihren Heimatstaaten gerettet werden, wodurch sich wiederum deren Finanzsituation verschlechterte. Diese Negativspirale löste eine Vertrauenskrise aus, die die Stabilität der gesamten Währungsunion negativ beeinflusste. Die Bankenunion soll diesen Kreis durchbrechen und verhindern, dass die Steuerzahler künftig für Liquiditätsengpässe oder die Insolvenz einer Bank aufkommen müssen.

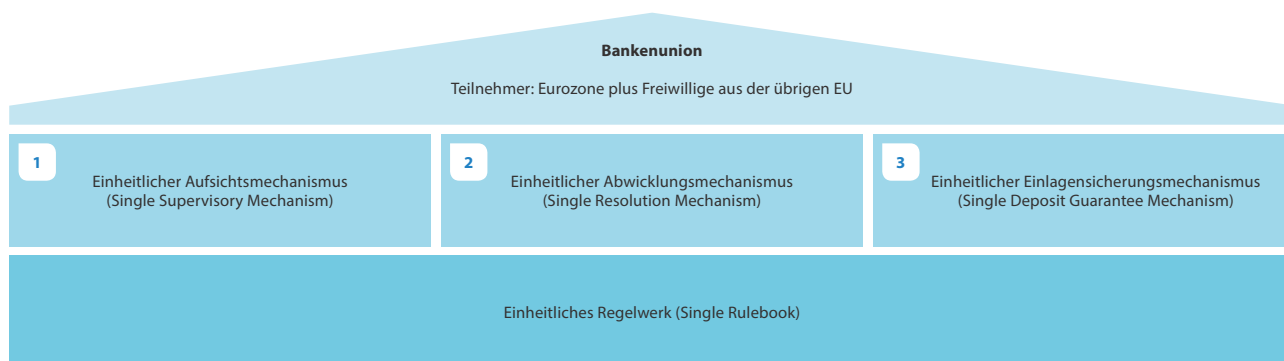
Bankenunion als Reaktion auf die Krise

Die Bankenunion ist das grösste politische und wirtschaftliche Projekt in Europa seit Einführung der Einheitswährung. Die rasche Einführung der Bankenunion wird als Beispiel der Funktionsfähigkeit der Politmaschine in Brüssel angesehen. Die Bankenunion besteht aus den drei Pfeilern Aufsicht, Abwicklung und Einlagensicherung mit je einem eigenen Mechanismus. Diese gelten für die gesamte Eurozone und auf freiwilliger Basis auch in den restlichen EU-Ländern (Möglichkeit von Opt-in). Als Fundament dient ein einheitliches, EU-weites Regelwerk («Single Rulebook»), das eine nationale Umsetzung für alle EU-Mitglieder vorschreibt.

Ein Fundament mit drei Pfeilern

Abb. 18

Aufbau der Bankenunion



Quelle: SBVg

Dieses sogenannte Single Rulebook richtet sich an alle 28 EU-Mitgliedstaaten und gilt für alle im Binnenmarkt der EU tätigen Finanzinstitute. Zu den wichtigsten Bestandteilen gehören folgende Bestimmungen:

- Das CRD IV/CRR (Capital Requirements Directive and Regulation) Paket setzt die Basel III Standards in der EU um.
- Die Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken (EU Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) regelt den Umgang mit Banken, die nicht mehr überlebensfähig sind und geordnet «zurückgebaut» werden müssen.
- Die Richtlinie über Einlagensicherungssysteme (Deposit Guarantee Schemes Directive, DGSD) legt Massnahmen zum Schutz der Einlagen von Bankkunden im Falle einer Insolvenz fest.

Einheitliches Regelwerk:
Fundament gültig für die
ganze EU

Mit dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism, SSM) wird die Bankenaufsicht innerhalb der Bankenunion zentralisiert. Der SSM überträgt der Europäischen Zentralbank (EZB) die Rolle der zentralen Aufsichtsbehörde. Ab November 2014 wird die EZB somit die grössten Banken¹³, rund 130, innerhalb der Bankenunion direkt beaufsichtigen. Die nationalen Aufseher üben vorerst weiterhin die Aufsicht über die restlichen Banken aus. Die EZB hat das Recht, notfalls bei jeder Bank innerhalb der Bankenunion durchzugreifen. Die nationalen Aufsichtsbehörden haben gegenüber der EZB eine stetige Informationspflicht und setzen deren Verordnungen, Richtlinien oder allgemeinen Anweisungen um. Für die neue Aufsichtsfunktion werden bei der EZB ungefähr 1'000 neue Stellen geschaffen.

Einheitlicher Aufsichtsme-
chanismus: EZB als zentrale
Bankenaufsicht

Um vor der Übernahme ihrer Aufsichtsfunktion Altlasten aufzudecken und zu eliminieren, startete die EZB zusammen mit den zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden eine umfassende Prüfung (Comprehensive Assessment) der direkt überwachten Banken. Die Prüfung besteht aus drei Elementen: einer Risikoprüfung (Risk Assessment), einer Bilanzprüfung (Balance Sheet Assessment/Asset Quality Review) und eines EU-weiten Stresstests. Die Bilanzprüfung wurde im August 2014 beendet und anschliessend beginnt der Stresstest. Die Ergebnisse der umfassenden Prüfung werden in der zweiten Oktoberhälfte veröffentlicht. Banken, bei denen eine Kapitallücke festgestellt wird, müssen sich refinanzieren. Primär soll dies über den Kapitalmarkt, die Einbehaltung von Gewinnen oder Verkäufen von Vermögenswerten geschehen. In Ausnahmefällen können nationale, öffentliche Mittel bereitgestellt und Hilfe aus dem europäischen Rettungsfonds ESM bezogen werden.

Comprehensive Assessment
soll der EZB einen sauberen
Start ermöglichen

Der einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) zentralisiert die Schlüsselkompetenzen für die Handhabung des Ausfalls von Banken innerhalb der Bankenunion und setzt die materiellen Bestimmungen der Richtlinie über die Sanierung und Abwicklung von Banken (EU Bank Recovery and Resolution Directive, BRRD) um. Demnach wird eine Bank mit einem komplexen, mehrstufigen Verfahren abgewickelt:

1. Die EZB meldet, dass eine Bank insolvent ist oder voraussichtlich sein wird.
2. Das neu geschaffene, zentrale Abwicklungsgremium (Single Resolution Board, SRB) entwickelt daraufhin das detaillierte Abwicklungskonzept und stimmt sich eng mit den nationalen Behörden ab.
3. Die EU-Kommission (teilweise auch der EU-Rat) fasst den formalen Abwicklungsbeschluss.

Einheitlicher Abwicklungs-
mechanismus: Mehrstufiges
Verfahren für fallierende
Banken

¹³ Ein Kreditinstitut gilt als gross, wenn die Bilanzsumme grösser als EUR 30 Mrd. ist oder wenn sie 20 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) des jeweiligen Herkunftslandes ausmacht. In jedem teilnehmenden Land unterliegen jedoch mindestens die drei bedeutendsten Kreditinstitute – unabhängig von ihrer absoluten Grösse – der direkten Aufsicht durch die EZB (Quelle: Europäische Kommission).

Der SRM sieht vor, einen gemeinsamen, supranationalen ex-ante Fonds für die Abwicklung und Sanierung von Banken zu schaffen. Der Fonds wird durch Beiträge der Banken finanziert. Innerhalb von acht Jahren ab dem 1. Januar 2016 müssen die verfügbaren Mittel des Fonds mindestens 1 Prozent der gesicherten Einlagen aller in der Bankenunion zugelassenen Kreditinstitute betragen (gemäss heutigen Zahlen würde der Fonds ca. EUR 55 Mrd. umfassen). Die Beiträge der Banken setzen sich aus einem Pauschalbetrag und einem risikobereinigten Beitrag zusammen. Das Abwicklungsgremium nimmt seine Tätigkeit am 1. Januar 2015 auf. Die SRM-Verordnung gilt ab 1. Januar 2016.

Schaffung eines supranationalen ex-ante Abwicklungsfonds

Der dritte Pfeiler der Bankenunion ist ein einheitlicher Einlagensicherungsmechanismus mit einem ebenfalls gemeinsamen, supranationalen ex-ante Fonds. Aufgrund von politischen Widerständen existiert gegenwärtig jedoch kein Vorschlag für eine grenzüberschreitende Einlagensicherung mit gemeinsamem ex-ante Fonds, die eine «richtige» Vergemeinschaftung bedeuten würde. Die Richtlinie über die Einlagensicherung (DGSD) (Teil des Single Rulebooks) sieht zwar nationale ex-ante-Einlagensicherungsfonds vor und ebnet den Weg für einen freiwilligen Mechanismus der gegenseitigen Kreditvergabe zwischen Einlagensicherungssystemen verschiedener EU-Länder, jedoch ohne Verbindlichkeit.

Einheitlicher Einlagensicherungsmechanismus: Widerstand verhindert derzeit den Aufbau dieses Pfeilers

Als international tätiger Finanzplatz mit regen Beziehungen in die EU setzt sich die Schweiz vertieft mit der europäischen Bankenunion auseinander. Die Einführung einer Bankenunion in der EU resp. der Eurozone dürfte die Stabilität in Europa erhöhen. Die Bankenunion soll verhindern, dass sich lokale Bankenrisiken derart ausweiten, dass sie die gesamte Eurozone schwächen könnten. Von dem daraus resultierenden Stabilitätswachstum profitieren auch die Schweiz und insbesondere deren Bankensektor.

Die EU Bankenunion dürfte stabilitätsfördernd wirken

Die Bankenunion wird jedoch nicht alle Probleme lösen. Sie ist lediglich ein Element in der EU-Wirtschaftsarchitektur. Vorrangig für das Wirtschaftswachstum und den Wohlstand in Europa sind Arbeitsmarktreformen sowie Disziplin und ein Zusammenrücken im Fiskalbereich. Wichtig für die Wirksamkeit der europäischen Bankenunion ist eine vollständige Umsetzung im Sinne des Gesetzgebers. Politisch opportune Verwässerungen (wie beispielsweise bei den Maastricht-Kriterien) wären mit hohen Risiken und einem massiven Vertrauensverlust verbunden. Die verschiedenen Elemente der Bankenunion sind symbiotisch miteinander verbunden. Das Fehlen eines gemeinsamen Einlagensicherungsmechanismus hat stabilitätsvermindernden Charakter, da das Geld im Krisenfall weiterhin aus relativ instabilen in relativ stabile Staaten fließen könnte.

Bankenunion als notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche EU-Wirtschaftsarchitektur

Grosse Tochtergesellschaften von ausländischen Bankinstituten in der EU werden in Zukunft direkt von der EZB überwacht. Per Herbst 2014 wird die UBS Luxembourg S.A. als zurzeit einzige Schweizer Gesellschaft von der EZB überwacht. Der hiesige Finanzplatz profitiert grundsätzlich von einem einheitlich regulierten europäischen Bankensektor. Für Schweizer Banken mit Tochtergesellschaften in verschiedenen an der Bankenunion teilnehmenden Staaten kann die Vereinheitlichung der Bankenregulierung längerfristig zu Einsparungen und zu höherer Flexibilität führen.

Ausländische Tochtergesellschaften in der Eurozone in Zukunft Teil der Bankenunion

Die schweizerischen Vorschriften für Bankenaufsicht, Bankenabwicklung und -sanierung sind grossmehrheitlich äquivalent zur Bankenunion. Trotz überwiegender Äquivalenz und erprobter Krisenfestigkeit des Schweizer Systems der Einlagensicherung könnte sich jedoch in Zukunft die Frage stellen, ob die Errichtung von ex-ante Fonds für die Bankenabwicklung resp. die Einlagensicherung notwendig wird. Grund dafür ist ein Trend zur formalen internationalen Harmonisierung. Relevant sind jedoch die materielle Gleichwertigkeit und die Qualität der Umsetzung, die im heutigen Schweizer System gegeben sind.

Schweizer System (Bankenaufsicht, Bankenabwicklung und Einlagensicherung) äquivalent zu Bankenunion

Für die Schweiz wäre ein allfälliger Zusatznutzen eines ex-ante Fonds für die Abwicklung und Sanierung von Banken fraglich, da die bestehenden gesetzlichen Grundlagen (BIV-FINMA, Too-big-to-fail-Massnahmenpaket) für ausreichend Sicherheit und Stabilität sorgen. Ein Fonds würde einen hohen Verwaltungsaufwand mit geringem Grenznutzen mit sich bringen. Auch für die Einlagensicherung ist ein Systemwechsel hin zu einem ex-ante Fonds unnötig. Die Einführung eines ex-ante Fonds würde zu einem bürokratischen Mehraufwand ohne Zusatznutzen führen. Der schweizerische Quasi-Fonds ist ähnlich gross wie der ex-ante Fonds der EU, hält das System aber insgesamt schlanker. Die sofort verfügbaren Mittel in der Schweiz machen mit insgesamt CHF 3 Mrd. aktuell 0,7% der gesicherten Einlagen¹⁴ aus (EU-Ziel: 0,8% in zehn Jahren). Insofern ist das Schweizer System als äquivalent zu sehen. Falls nötig, steuern die Banken insgesamt weitere CHF 3 Mrd. aus anderen Mitteln bei. Eine allfällige Überführung des Quasi- in einen ex-ante Fonds würde im Transferjahr buchhalterisch den Gewinn der Bank reduzieren, was die Banken entsprechend vor neue Herausforderungen stellen würde.

Zusatznutzen von ex-ante Fonds in der Schweiz gering

¹⁴ Gemäss esisuisse betragen die gesicherten Einlagen in der Schweiz per Ende 2013 CHF 430 Mrd.

7 Literaturverzeichnis

BAK Basel Economics (BAKBASEL)

«Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Finanzsektors», Studie im Auftrag der Schweizerischen Bankiervereinigung SBVg und des Schweizerischen Versicherungsverbands SVV, Dezember 2013

Bundesamt für Statistik (BFS)

«Beschäftigungsstatistik (BESTA) – Schwierigkeiten bei der Rekrutierung», 1. Quartal 2014

«Grenzgängerstatistik (GGS)», 4. Quartal 2013

«Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE)», 4. Quartal 2013

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA)

«Rundschreiben 2008/2 Rechnungslegung Banken», März 2011

Europäische Kommission (EC)

«Bankenunion», 8. Juli 2014

Europäische Zentralbank (EZB)

«Liste beaufsichtigter Unternehmen, denen die EZB ihre Absicht mitgeteilt hat, sie als bedeutend einzustufen», Juni 2014

Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg)

«Richtlinien betreffend Mindestanforderungen bei Hypothekarfinanzierungen», Juni 2012

«Bankiervereinigung passt Selbstregulierung für Hypothekarfinanzierung an», Juni 2014

Schweizerische Nationalbank (SNB)

«Die Banken in der Schweiz 2013», Juni 2014

«Statistisches Monatsheft», Juli 2014

«Bankenstatistisches Monatsheft», Juli 2014

The Boston Consulting Group (BCG)

«Global Wealth 2014: Riding a Wave of Growth», Juni 2014

Z/Yen Group Limited

«The Global Financial Centres Index (GFCI) 15», März 2014

• Schweizerische Bankiervereinigung
Aeschenplatz 7
Postfach 4182
CH-4002 Basel
T +41 61 295 93 93
F +41 61 272 53 82

office@sba.ch
www.swissbanking.org
twitter.com/SwissBankingSBA
www.facebook.com/SwissBanking
www.swissbanking.org/home/blog